

Autorepublik Deutschland

Stopp! Warum Autohersteller und
Politik umdenken müssen

Perfekt informiert.

**Jetzt
kostenlos
abonnieren!**
bund.net/newsletter



Mit dem BUND-Newsletter sind Sie immer auf dem Laufenden. Wir informieren Sie über Neuigkeiten aus dem Umwelt- und Naturschutz, Mitmach-Aktionen und unsere Arbeit. Kostenlos und aktuell.

Jetzt abonnieren unter www.bund.net/newsletter

Liebe Leserinnen und Leser,

ein wenig kälter hätte er doch gerne ausfallen dürfen, dieser Winter. Hin und wieder Schneegestöber statt dem üblichen Regen, das wäre eine willkommene Abwechslung gewesen. Statt Eis und Minusgraden: laue Luft und früher Vogelgesang. Schon Ende Dezember blühten in Berlin die Kirschbäume.

Ein so unnatürlich milder Winter mag den Alltag erleichtern. Er unterstreicht jedoch, was auf dem jüngsten Weltklimagipfel noch einmal sehr deutlich wurde: Es muss jetzt schneller gehen mit der Rettung des Klimas, allzu viel Zeit bleibt nicht mehr.

Wo aber sind die Reaktionen auf den Klimavertrag in Paris? Einzig Barbara Hendricks wagte sich als Bundesumweltministerin mit einer Forderung hervor: dem deutschen Kohle-Ausstieg bis zum Jahr 2050. Der reflexhafte Protest ihrer Parteifreunde aus NRW und Brandenburg war ihr sicher. Wie dramatisch sollen die Prognosen der Klimaforscher noch werden, damit MinisterpräsidentInnen über den nächsten Wahltag hinausdenken? Es muss doch möglich sein, sozialverträgliche Szenarios für einen raschen Kohle-Ausstieg zu entwickeln (weit eher als in 35 Jahren!), wenn davon unser aller Zukunft abhängt.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, braucht es bekanntlich mehr als nur eine schnelle Energiewende. Wo also bleibt die Antwort des Agrarministers Schmidt auf Paris? Wo die des Verkehrsministers Dobrindt? Ein großer Anteil der deutschen Treibhausgase fällt in ihre Verantwortung. Was sind ihre Strategien – für eine deutlich klimaschonendere, sprich: ökologische Landwirtschaft? Und für eine Mobilität der Zukunft, die Klima, Natur und Gesundheit weniger in Mitleidenschaft zieht? Die Wahrheit ist: Es gibt keine. Ist diese Tatenlosigkeit nicht unverantwortlich?

Der Auto-Schwerpunkt in diesem Heft hat also gleich zwei Anlässe: den offenkundig systematischen Betrug mit gefälschten Abgaswerten bei VW und anderswo. Und die Notwendigkeit, jetzt und nicht später das Klima zu retten. Gerade auch im Autoverkehr.

Das Jahr ist zwar schon einige Wochen alt – dennoch alles Gute für 2016 wünscht Ihr

Severin Zillich

Severin Zillich, Redaktion

FORUM

4 Leserbrief / Impressum

MAGAZIN

6 Kurznachrichten

KOMMENTAR

10 Willkommen heißen

TITELTHEMA

12 Autorepublik Deutschland

13 Verfehlte Politik

15 Der autogerechte Minister

16 Diesel klimafreundlicher?

17 Neue Straßen und Schienenwege

18 Städte: Lebenswerter ohne Auto

19 Vorbild Wien: Belastung gesunken

20 E-Autos: Das RIP-Dilemma

21 Eigenes Auto: Kein Muss mehr

ZUR ZEIT

24 Schmetterling des Jahres

25 Wildkatze: Auf leisen Pfoten

26 Neuer Waldreport

28 Energiewende bedroht

29 Atomkraft muss Geschichte werden

30 Für eine andere Agrarpolitik

31 Glyphosat verbieten!

NATURA 2000

32 Jägersburger / Gernsheimer Wald

GUT LEBEN

34 Effizienter werden!

AKTIV

36 Neues aus dem BUND

38 Internationales

40 Die junge Seite

MEDIEN

44 Neu und interessant

PERSÖNLICH

46 Kira Szalinsky

INHALT



Seite 12: Auto. Mobil?

Zu umweltschädliche Modelle, zu viel Verkehr, ein planloser Straßenbau: Die deutsche Autorepublik ist für die Zukunft schlecht gerüstet.



Seite 40: Jugend in Paris

Während die Weltgemeinschaft im Konferenzsaal um einen neuen Klimavertrag rang, nutzte die BUNDjugend Paris als Bühne für kreative Aktionen.



Titel der Ausgabe 4/15

Klima: Kein Spielraum mehr?

Louise Jeffery am PIK Potsdam hält die 1,5 Grad für technisch noch möglich. Einem CO₂-Anstieg in der Atmosphäre von 280 auf 450 ppm entsprechen 2 Grad Erderwärmung. 1,5 Grad sind bei 407 ppm erreicht. 2014 stieg der CO₂-Gehalt um 3 ppm. Rechnerisch erreichen wir in zwei Jahren die 1,5-Grad- und in 17 Jahren die 2-Grad-Grenze. In dieses Raster können sich Optimisten und Pessimisten einordnen. Eine andere Wirklichkeit gibt es nicht. CO₂ aus der Atmosphäre zu holen ist die teuerste aller Optionen.

Klaus Warzecha, Wiesbaden

BUND oder Greenpeace fordern eine einschneidend andere Primärenergieerzeugung, um die Erderwärmung auf 2, besser 1,5 Grad zu begrenzen. Gerade Umweltverbänden müsste doch klar sein, dass dieses Ziel längst nicht mehr erreicht

werden kann. Geradezu aussichtslos wird die Sache, wenn die dafür nötigen Schritte erst in 20 oder 30 Jahren erfolgen sollen.

Steigt der CO₂-Gehalt in den nächsten Jahrzehnten zunächst in gleichem Tempo an (selbst wenn der fossile Verbrauch bis 2020 um 90 Prozent sinken würde, kämen noch einmal mindestens 100 bis 120 ppm hinzu), würden wir uns nicht in Richtung 1,5 bis 2 Grad, sondern 8 bis 10 Grad globale Temperaturerhöhung bewegen. Wir haben also eigentlich keinen Spielraum mehr, die fossilen Energieträger auszuschalten. Dies sollten gerade Umweltverbände ganz deutlich sagen!

Theo Müller, Achern

Windkraft: Pro und Contra

Danke für diese wieder sehr spannende Ausgabe. Schön, dass auch der BUND sich prinzipiell für Windenergie ausspricht. Natürlich soll und wird das nicht bedingungslos auf Kosten des Artenschutzes passieren. Aber besonders wichtig erscheint mir ein Aspekt, der auch in Ihrem Fazit genannt ist: Wenn wir die Energiewende nicht schaffen, bedrohen uns alle die zu erwartenden klimatischen Auswirkungen, ob wir am Meer wohnen oder nicht.

Der BUND sollte zum geplanten Ausschreibungsverfahren für neue Windparks Position beziehen. Denn das wird große Anbieter bevorzugen – und regionale Bürgerwindparks benachteiligen, bei der alle an der Energiewende mitwirken und auch von ihr profitieren können. Die Akzeptanz für Windenergie ist bei

Bürgerbeteiligung vor Ort aber deutlich höher als bei Großprojekten der Konzerne. *[siehe Seite 28!]*

Zum Thema »Vogelschlag«: Sicherlich werden mehr Greifvögel vom Autoverkehr getötet als bundesweit in allen Windparks. Wie wäre es da denn mit Tempolimits? Erstaunlich auch, dass Aktivisten, die aus angeblich ökologischen Motiven Windparks verhindern wollen, zu entsprechenden Veranstaltungen gerne mit SUV vorfahren.

Ulrich Wilk, Garbsen

Über Windkraft kann man kontrovers diskutieren. Nicht diskutieren kann man die Gesetze der Physik. Danach steigt die Leistung eines Windrades in dritter Potenz mit der Windgeschwindigkeit. Ein modernes Windrad erzeugt bei 7,5 m/s Windgeschwindigkeit also etwa doppelt so viel Strom wie bei 5,5 m/s. In der Rhön oder an der Ostsee braucht man so nur halb so viele Windräder für die gleiche Strommenge wie an schlechten Standorten. Wäre es nicht eine Abwägung wert, für zehn Windräder in der Rhön 20 unwirtschaftliche sonst wo zu vermeiden?

Windenergie ist in deutschen Mittelgebirgslagen nur auf windstarken Höhenlagen vertretbar, alles andere ist sinnlose Ressourcenverschwendung und eine unnötige Belastung von Mensch, Natur und Landschaft. Auch Genossenschaften und Stadtwerke errichten Windräder nur an optimalen Standorten, sonst ist das Geld der beteiligten Bürger verloren.

Karl-Heinz Groß, Heimborn

IMPRESSUM

Das BUNDmagazin ist die Mitgliederzeitschrift des BUND und erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
V.i.S.d.P.: Yvonne Weber

Redaktion: Severin Zillich, ☎ (030) 275 86-457, Fax -4 40, redaktion@bund.net, www.bund.net/bundmagazin

Gestaltung, Produktion: Claudia Gunkel (Produktionsleitung), Marc Venner (Grafik, Layout)

Titelbild 1/16 (20. Jahrgang): Parkkralle – vario images

Verlag: Natur & Umwelt Verlags-GmbH, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Mitgliederservice: ☎ (030) 275 86-479, Fax -4 40, mitgliederservice@bund.net

Bezugspreis: für Mitglieder im Beitrag enthalten, für Nichtmitglieder 20 Euro pro Jahr.

Anzeigenverwaltung: Ruth Hansmann, Runze & Casper Werbeagentur GmbH, ☎ (030) 28018-145, Fax: -4 00, hansmann@runze-casper.de. Es gilt der Anzeigentarif Nr. 24.

Druck: Brühlsche Univ'druckerei GmbH & Co KG

Papier: 100% Recycling, glänzend gestrichen
Spenden: Der BUND benötigt für seine Arbeit über die Mitgliedsbeiträge hinaus Unterstützung. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das Konto der Bank

für Sozialwirtschaft: IBAN: DE24 3702 0500 0008 2802 02, BIC: BFS WDE33. Danke! (siehe hierzu: www.bund.net/spenden)

Copyright: Alle Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit schriftlicher Einwilligung des Verlags.

Druckauflage: 181785 Exemplare (IVW 4/2015); in der Natur + Umwelt: 135 809 Ex. (IVW 4/2015)

Beilagen: Dieses BUNDmagazin enthält in Teilen seiner Auflage Beilagen von der UmweltBank und Waschbär.

Das BUNDmagazin 2/2016 erscheint am 14. Mai mit dem Schwerpunkt »Fledermäuse«.

Ich habe den Eindruck, der BUND hat die Menschen verloren. Ihr Text »Wer Wind sät ...« nennt wieder einmal alle Aspekte – Natur, Klima-Veränderung, erneuerbare Energien. Nur die Bevölkerung, die in diesem Raum lebt, wird kein einziges Mal erwähnt. Kein Wort zu denen, die ertragen müssen, dass die Windanlagenindustrie und die Windlobby wie im Goldrausch die Landschaft zupflastern. Erst an der Küste, nun zunehmend im Hinterland.

Immer mehr Bürgerinitiativen, deren Mitglieder durchweg für die Windenergie sind (waren?), fordern als Abstand die zehnfache Anlagenhöhe. Sie fordern, dass die Transpondertechnik zur Bedingung wird, um die ständige Beleuchtung zu verhindern. Und dass die Folgen des Infraschalls endlich umfassend und neutral untersucht werden.

Dieser Bürgerwille findet in den BUND-Publikationen leider nicht statt. So setzen Sie – wie unsere Landesregierung in Schleswig-Holstein – den breiten Konsens für die erneuerbaren Energien aufs Spiel.

Jörg-Thomas Schildt, Schulendorf

Natura 2000

Nach jahrelanger Bemühung um den Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Erfordernisse mit ökologischen Zielen weiß ich, wie ungeheuer wichtig Zusammenarbeit ist – und wie schwierig. Ein starkes Instrument kann der Vertragsnaturschutz sein. Aber Sie haben völlig recht: »Freiwilligkeit statt Verbote« braucht genug Finanzen. Es kommt auf eine interessante und zuverlässige Bezahlung für interessante und zuverlässige Leistungen an. Außerdem zählt die Praxis der Behörden bei Verhandlungen und Verträgen. Wo wirklich mit freien Bürgern kooperiert wird, bringen Vertrauen und Gemeinsamkeit zwischen »Schützern und Nutzern« Resultate. Dabei müssen die Ämter auf Bevormundung, fiskalische und bürokratische Machtausübung verzichten.

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber Kürzungen vor. Eine erweiterte Auswahl von Leserbriefen finden Sie unter ► www.bund.net/bundmagazin – etwa vier Wochen nach Erscheinen jeder neuen Ausgabe.

Der Naturschutz darf sich nicht identifizieren lassen mit Behördenallmacht, Eigentumsfeindlichkeit und Staatswirtschaft. Nicht Großinvestoren und Konzerne, sondern Familienbetriebe und Vereine und Verbände wie der BUND sind tragende Kräfte der bürgerlichen Freiheit. So eignen sie sich bestens zu Dialog und Zusammenarbeit.

Wolfhard v. Boeselager, Selm

Ihren Artikel zielt ein Bild des fotogenen Luchses. Dazu heißt es, dass diese attraktive Art »ohne Natura 2000 bei uns wohl nicht mehr heimisch wäre«. Fakt ist: Der Luchs kommt in Deutschland derzeit in zwei Kleinpopulationen im Harz und im bayerischen Wald vor. Von einem gesicherten und überlebensfähigen Bestand sind wir himmelweit entfernt. Sie suggerieren: Bei uns ist der Luchs heimisch, ein Symbol für Wildnis und Naturnähe, das den Erfolg der eigenen Politik untermauert. Hier sollte der BUND doch etwas sachlicher arbeiten.

Peter Willmann, Luchs-Initiative Ba.-Wü., Elzach

Agrosprit gut?

Ich stimme Ihnen zu, dass es der beste Weg zur Vermeidung von CO₂ ist, ganz auf das Auto zu verzichten. Mir ist das nicht immer möglich. Bisher tankte ich Super E10 (Biosprit) in der Annahme, dass der Bioanteil aus nachhaltiger Produktion stammen müsse. In einem Vortrag und kurze Zeit später in der Presse vernahm ich, dass auch Palmöl dafür verwendet wird. Deshalb bin ich jetzt wieder auf normales Super umgestiegen. Wie bewerten Sie »E10«? Für eine Entscheidungshilfe bin ich dankbar.

Walter Freitag, Göppingen

Die Befürworter von Agrotreibstoffen wie E10 argumentieren: Das CO₂, das bei der Verbrennung von Pflanzen frei wird, haben die zuvor der Atmosphäre entzogen. Neutral ist die Bilanz natürlich nicht, da CO₂ auch bei Anbau, Weiterverarbeitung und Transport entsteht. Kritisch ist v.a., dass der erhöhte Flächenbedarf zu Brandrodung und anderer Naturzerstörung führt. Der BUND kann Agrosprit deshalb nicht empfehlen. Siehe ► www.bund.net/agrosprit

Unpassende Werbung

Es ist doch unlogisch und inkonsequent, in BUND-Publikationen über die Gefährlichkeit der Nanotechnik zu informieren und gleichzeitig einen Prospekt der Firma Klepper mit Jacken »schmutzabweisend dank Nanofinish« beilegen zu lassen. Bitte schaut euch künftig genau an, welche Werbung ihr beilegt!

Karin Bellingrodt, BUND Diepholz

Anzeige



Gleichklang.de
Die sichere Option für das Partnerglück!

Wir sind die Alternative zum Dating-Mainstream - seien auch Sie dabei!

Es gibt eine Partnerbörse und Kennenlern-Plattform, bei der über 90% der Mitglieder sagen: "Flüchtlinge willkommen!" und "Unsere Umwelt ist mir wichtig!"

www.Gleichklang.de
Partnersuche • Freundschaftssuche • Reisepartnersuche

Sagen Sie Ihren Bekannten und Freunden "Gleichklang" und bringen Sie Ihnen Glück!

2000 PLUS 36 BRUTPAARE

Der Neufelderkoog liegt an der Elbmündung gegenüber von Cuxhaven. Er beherbergt die mit 2000 Brutpaaren wichtigste deutsche Kolonie der stark gefährdeten

2015. Diese heute vom Aussterben bedrohte Art zählt zu den größten Raritäten unserer Vogelwelt.

Gutachter warnen nun, dass die geplante Elbvertiefung – Hamburgs

Erhöhung des Tidenhubs nach der Vertiefung begrenzen. Damit aber drohen die Priele zu verschlucken, in denen die Flusseeeschwalben bislang die Fische für ihre Jungen fangen. Mit den Flusseeeschwalben würden auch die Lachseeeschwalben aus dem Koog verschwinden.

Der BUND Hamburg sieht sich in seiner Ablehnung der Elbvertiefung bestätigt. Er plädiert seit Langem dafür, die wenigen Schiffe, die Hamburg wegen ihres Tiefgangs künftig nicht mehr anlaufen könnten, im neuen Tiefwasserhafen JadeWeserPort in Wilhelmshaven abzufertigen – statt den Unterlauf der Elbe durch immer neue Vertiefungen zu zerstören.

► *Mehr dazu unter bund-hamburg.bund.net/elbvertiefung*

Die Elbvertiefung bedroht das weltweit nördlichste Vorkommen der Lachseeeschwalbe.



Oscar Diez/bia

Flusseeeschwalbe. In ihrem Schutz hat sich zudem Mitteleuropas einzige Kolonie der Lachseeeschwalbe angesiedelt. 36 Paare brüteten hier

zentrales Infrastrukturprojekt – die Zukunft der beiden Brutkolonien infrage stellt. Ein Unterwasserbauwerk in der Elbmündung soll die

Spenden statt Geschenke

Ein Fest für die Natur

Es gibt viele Anlässe, Gutes zu tun – die Verleihung eines Bundesverdienstkreuzes ist sicher kein alltäglicher. Ingeborg Arndt – auf dem Foto im Einsatz ▼ – nutzte die Gelegenheit und wünschte sich zur Feier des Tages Spenden statt Geschenke.

Seit 20 Jahren Mitglied und seit 17 Jahren Vorsitzende des BUND in Neuss – Ingeborg Arndt ist mit Leib und Seele Umweltschützerin. Ihr Engagement wurde Ende Oktober mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande gewürdigt. Einen langen Atem brauche es, um all ihre Verdienste aufzuzählen, so der Landrat in seiner Laudatio.

Ob ein Bürgerbegehren für eine Straßenbahn, der Schutz von Naherholungsgebieten oder der Betrieb von Bürgersolaranlagen und einer mobilen Saftpresse – Ingeborg Arndt ist vielseitig aktiv. »Die letzten 20 Jahre ist in Sachen Umweltschutz einiges in den Köpfen passiert«, ist sie sich sicher. »Und daran haben viele Menschen mitgewirkt.«

Die Idee, die eigene Ehrung mit einer Spendenaktion für den BUND zu verbinden, kam Ingeborg Arndt bei der Lektüre eines Infobriefs des Grünen Bandes. Schon in ihrer Ein-

ladung verwies sie auf die Spendenaktion – und konnte später über 500 Euro zum Schutz der Tiere und Pflanzen an der einstigen innerdeutschen Grenze weiterleiten.

Der BUND dankt Ingeborg Arndt herzlich für ihr Engagement und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg!

Steht auch bei Ihnen bald eine Feier ins Haus? Geburtstage, Hochzeiten, Jubiläen – das Jahr ist voller schöner Anlässe. Ingeborg Arndt bestellte im Vorfeld Broschüren und eine Spendenbox bei uns.

Informieren auch Sie sich: bei Sabine Wegendt, Tel. (030) 275 86-565, sabine.wegendt@bund.net, ► www.bund.net/spenden-statt-geschenke



KURZ & GUT



»Only bad news is good news« heißt es, vor allem schlechte Nachrichten erregen also unsere Aufmerksamkeit. Doch positive Neuigkeiten aus unserem Verband und dem Umwelt- und Naturschutz tun einfach gut. Ein paar aus jüngster Zeit haben wir für Sie ausgewählt.

► **Brandenburg gegen Massentierhaltung:** Unter diesem Motto war Mitte Januar ein Volksbegehren erfolgreich. Rund 104 000 Menschen forderten **mehr Tierschutz** und eine **naturverträgliche Landwirtschaft**. Axel Kruschat, der Geschäftsführer des BUND in Brandenburg und Sprecher des Aktionsbündnisses, freute sich: »Wir gehen nun mit gestärktem Selbstbewusstsein in den Landtag. Es gibt eine **gesellschaftliche Mehrheit** für einen grundlegenden Wandel der Landwirtschaft. Mit diesem Schwung lässt sich politisch etwas erreichen!«



► Im Dezember war die **Windkraft** erstmals **wichtigste deutsche Energiequelle** zur Stromerzeugung – mit 12,7 Terawattstunden Strom rangierte sie vor Braunkohle, Steinkohle und der Atomenergie. **2015** war überhaupt ein **sehr gutes Windjahr**: Die Ausbeute war um 50 Prozent höher als 2014. Der Anteil des in Wind-, Solar-, Wasser- und Bioenergiekraftwerken produzierten Stroms erhöhte sich auf fast ein Drittel (32,5 nach 27,3 Prozent im Vorjahr). Trotz stillgelegter Atomkraftwerke hatte Deutschland 2015 übrigens **Strom im Überfluss** und exportierte so viel Strom wie noch nie – viel Spielraum also, um die klimaschädlichsten **Kohlemeiler vom Netz zu nehmen**.



► Mit einem vierjährigen **Modellversuch** will Baden-Württemberg auf zwei Autobahnen testen, wie sich ein **Tempolimit von 120 km/h** auswirkt – auf die Unfallzahlen und den Verkehrsfluss sowie auf Lärm und Abgase. Ausgewählt wurden hierfür zwei insgesamt 80 Kilometer lange Abschnitte der A81 und A96. **Einspruch** gegen diesen Plan – den der Landtag einstimmig beschlossen hat – erhob **Bundesverkehrsminister Dobrindt**: Für das Tempolimit gebe es keine Rechtsgrundlage. Scharfe Kritik erhielt er dafür vom BUND, der den Pilotversuch ausdrücklich unterstützt.



► **Keine Olympiade in Hamburg:** 51,6 Prozent der Hansestädter votierten am 29. November gegen eine Bewerbung Hamburgs um die olympischen Spiele 2024. Der BUND Hamburg begrüßte die Entscheidung – er hatte im Vorfeld als **einzigster Umweltverband** klar für ein **Nein** geworben. Dazu der Landesgeschäftsführer Manfred Braasch: »Wir sehen nun die **große Chance**, ernsthaft über eine **Neuausrichtung der Stadtentwicklung** zu diskutieren. Gut, dass in den nächsten Jahren nicht sämtliche Ressourcen in ein einziges Mega-Sportevent fließen. Nachhaltige Stadtentwicklung ist viel mehr!«



► Sensationeller Fund in Nordsachsen: Im September wurde an der Bundesstraße 183 am Südrand der **Dübener Heide** eine **Wildkatze** überfahren. Die Identität dieses Männchens wurde nun bestätigt. Vorerst **rätselhaft** bleibt, wie das Tier die – als Lebensraum an sich gut geeignete – Heide erreichen konnte. Denn rundum gibt es keine sonstigen Hinweise auf ein Vorkommen der seltenen Art. Der BUND wird dieses Jahr mit **Lockstöcken** versuchen, weitere Wildkatzen in der Dübener Heide nachzuweisen. Bis 2008 galt die Art in Sachsen über ein Jahrhundert als **ausgestorben**, damals gelang im Vogtland (im Südwesten Sachsens) ein erster Fund.



► Zur Eröffnung der **B96n auf Rügen** konnte Katharina Brückmann, die Alleinexpertin des BUND, Bundeskanzlerin **Angela Merkel** Mitte Dezember ein Buch über die Europäischen Alleen übergeben – mit der Bitte, sich für einen besseren **Schutz der Alleen** einzusetzen. Allein auf Rügen fielen dem Neubau der B96 über hundert Alleebäume zum Opfer. Der BUND hatte eine Alternative vorgeschlagen – fand aber kein Gehör.



Wanderführer Gerettete Landschaften

Zehn »gerettete Landschaften« hat der BUND Mecklenburg-Vorpommern anlässlich seines 25. Jubiläums in einem Wanderführer vorgestellt. Die Touren führen an die Elbe, den Schweriner See und das Salzhaff, in den Schlosspark von Basedow, nach Rügen oder Usedom. Dazu der Landesvorsitzende Mathias Grünwald: »All diese Landschaften

wären es wohl in ihrer heutigen Form nicht mehr, hätten engagierte Naturschützer nicht gegen ihre Ausbeutung und Zerstörung gekämpft. Kaum einer weiß noch, wie bedroht sie einmal waren.«

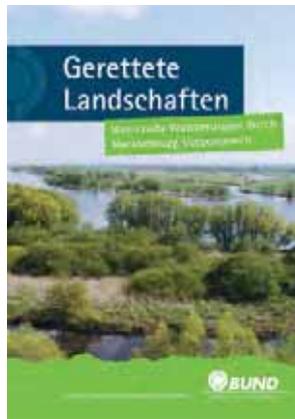
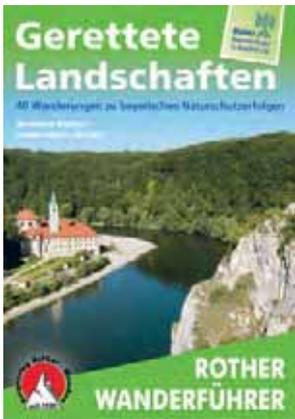
Der Führer bietet Geschichten zu diesen Orten und lädt dazu ein, sie zu erleben. Die BUNDjugend steuerte Adressen für Stadtrundgänge bei, die sie regelmäßig in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Greifswald anbietet. Vom Repair-Café bis zum Laden für solidarische Landwirtschaft liefert sie Anlaufpunkte für bewussten Konsum.

Bayerisches Vorbild

Vorbild für die neue Publikation war der erfolgreiche Wanderführer »Gerettete Landschaften« des BUND in Bayern. Zu seinem 100. Geburtstag präsentierte er 40 Wanderungen durch Landschaften, die es ohne den engagierten Einsatz seiner Akti-

ven nicht mehr gäbe. Sein Fazit: Bayern sähe ohne den BUND heute anders aus. Die Weltenburger Enge wäre durch Staustufen zerstört, das Murnauer Moos abgebaut und ausgetrocknet, das Grüne Band durchpflügt, das Püttlachtal unter Stauseen verschwunden. Dank ausführlicher Wegbeschreibungen, Kartenausschnitte, Höhenprofile und GPS-Tracks zum Download sind die Touren leicht nachvollziehbar. Viele Farbfotos wecken die Wanderlust.

- *Gerettete Landschaften – 40 Wanderungen zu bayerischen Naturschutzereignissen*, 2. Aufl. 2015. 192 S., 14,90 € ▶ bundladen.de/landschaftbayern
- *BUND MV: Gerettete Landschaften – Naturnahe Wanderungen durch MV*, 2015. 49 Seiten, Spiralbindung, DIN-A5, 7 € ▶ bundladen.de/landschaftmv, Download: ▶ www.bund-mv.de; Versand bei telefonischer Order (030/27586-480) jeweils: 2,60 €



Ökotipp Batterien vermeiden!

Batterien enthalten gefährliche Schadstoffe. Besonders problematisch sind die Schwermetalle Quecksilber, Cadmium und Blei: Sie schaden unserer Gesundheit und reichern sich in Ökosystemen und Tieren an. Diese Schwermetalle finden sich weiter in vielen Produkten,

auch wenn dies nicht direkt erkennbar ist und eine Kennzeichnung verpflichtend wäre.

Jedes Jahr verbrauchen wir Deutschen etwa 1,5 Milliarden Batterien. Seit

1998 müssen diese zurückgegeben und -genommen werden, damit Metalle wie Nickel, Mangan, Eisen oder Zink für die Herstellung neuer

Batterien oder andere Produkte verwendet werden können. Doch 2014 konnten nur 45 Prozent der Batterien wiederverwertet werden, der Rest landete vor allem im Hausmüll und belastet somit die Umwelt.

Zudem schluckt die Herstellung der Batterien zwischen 40- und 500-mal mehr Energie, als diese dann abgeben. Der BUND empfiehlt deshalb, so weit wie möglich ganz auf Batterien zu verzichten.

Bei Kleingeräten wie Weckern, Uhren oder Taschenrechnern sollten Sie Modelle ohne Batteriebetrieb auswählen. Bei Geräten, die häufig benutzt werden und zu denen es keine batteriefreie Alternative gibt, können Akkus den Batterieverbrauch verringern. Der BUND empfiehlt wiederaufladbare Alkali-Mangan-Batterien oder aber Lithium-Ionen-Akkus.

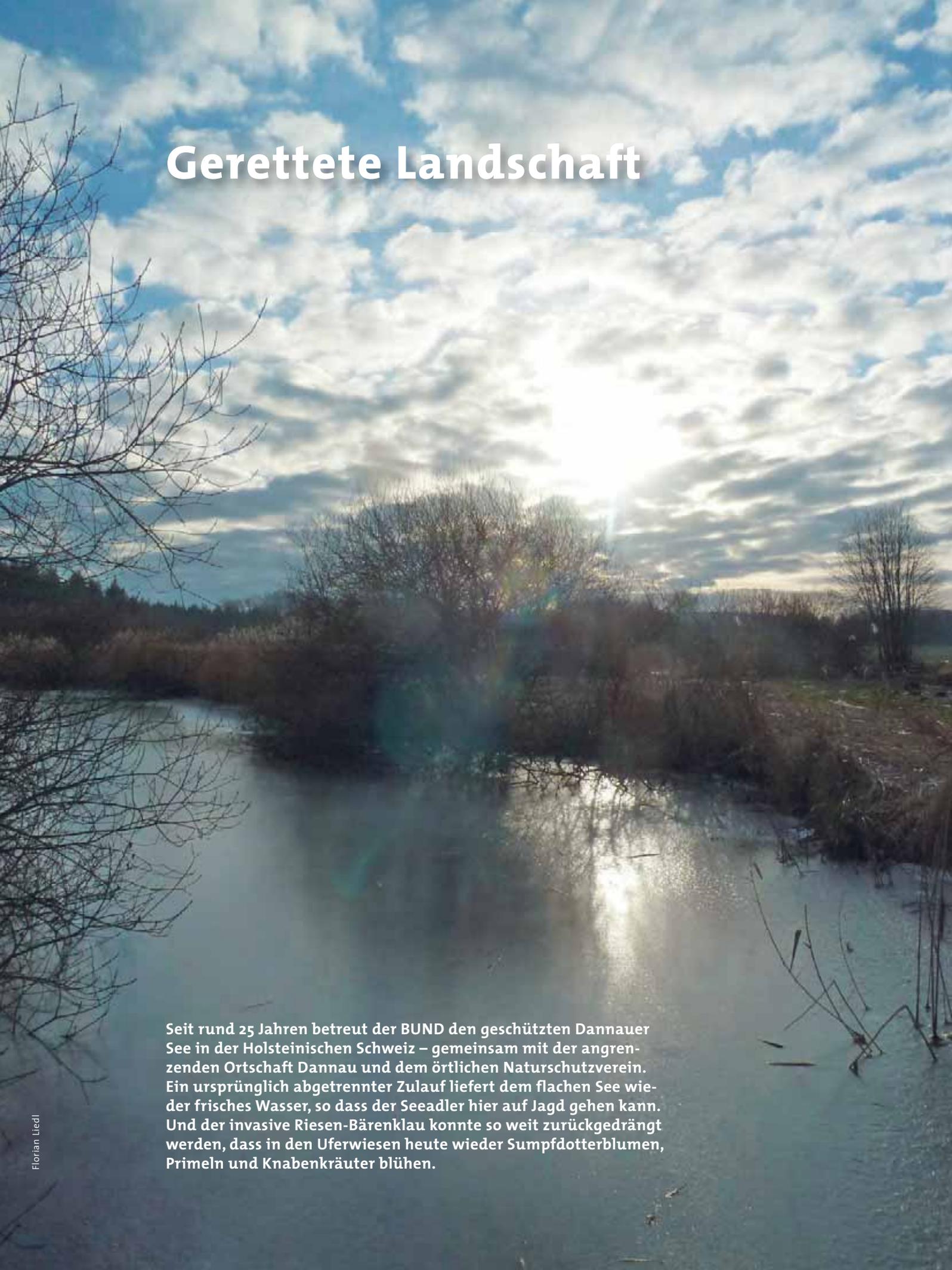
Leider ist es nicht immer möglich, Akkus zu nutzen. Ältere Geräte benötigen eine Spannung von 1,5 Volt, Akkus liefern meist nur 1,2 Volt. Muss es eine Batterie sein, sollten Sie auf die leistungsschwachen Zink-Kohle-Batterien verzichten. Und aus Gründen des Ressourcenschutzes Batterien bevorzugen, die Recyclingmaterial enthalten.

Vor allem aber werfen Sie alte Akkus oder verbrauchte Batterien auf keinen Fall in den Hausmüll – sondern in die speziellen grünen Sammelboxen, die überall dort stehen, wo Batterien verkauft werden. Auch aus defekten Elektrogeräten müssen Batterien und Akkus entfernt und an den Sammelstellen abgegeben werden.

Weitere Ökotipps des BUND finden Sie hier: ▶ www.bund.net/oekotipps



Gerettete Landschaft



Seit rund 25 Jahren betreut der BUND den geschützten Dannauer See in der Holsteinischen Schweiz – gemeinsam mit der angrenzenden Ortschaft Dannau und dem örtlichen Naturschutzverein. Ein ursprünglich abgetrennter Zulauf liefert dem flachen See wieder frisches Wasser, so dass der Seeadler hier auf Jagd gehen kann. Und der invasive Riesen-Bärenklau konnte so weit zurückgedrängt werden, dass in den Uferwiesen heute wieder Sumpfdotterblumen, Primeln und Knabenkräuter blühen.

Arbeitseinsatz der BUND-Ortsgruppe Reichenau mit Asylsuchenden aus Eritrea.



Asylpolitik

Geflüchtete willkommen heißen

Warum sollten sich BUND und BUNDjugend für eine gerechte Asylpolitik einsetzen? Welchen besonderen Zugang haben wir als Umweltverband zur Krise der Asylpolitik? Was können wir zur Integration von Menschen beitragen, die zu uns geflüchtet sind? Viele Menschen suchen derzeit bei uns Schutz. Besonders sichtbar sind die Fluchtbewegungen aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten. Weniger Beachtung erhalten Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, weil Umweltveränderungen ihre Existenz bedrohten.

Bis zum Jahr 2050 werden mindestens 200 Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage aufgrund des Klimawandels verlieren – so sagt es der Weltklimarat voraus. Noch scheinen die in Europa bisher sichtbaren Flüchtlingsbewegungen nicht klimatisch bedingt zu sein. Wohl aber spielt das extreme Wohlstandsgefälle eine Rolle. Hier stehen wir in der Verantwortung. Als industrialisierter Norden tragen wir durch die Art, wie wir leben und konsumieren, stark zur Ausbeutung des Südens bei. Der Begriff des »Wirtschaftsflüchtlings« spricht den Not leidenden Menschen ihre Schutzbedürftigkeit ab. Und er leugnet unsere Verantwortung bei der Entstehung der Fluchtgründe.

BUND und BUNDjugend bekämpfen seit Langem die Faktoren, deretwegen die Existenzgrundlage von Menschen im globalen Süden in Schieflage gerät: Landraub durch Industrieländer und Konzerne, Biopiraterie, unfaire Handelsabkommen, Überfischung und vieles Weitere. Es liegt also nahe, dass sich ein Umweltverband wie der unsere zu den aktuellen Ereignissen äußert und Menschen in Not willkommen heißt.

Eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen hat bereits Stellung bezogen und sich für eine menschenwürdige, weltoffene Gesellschaft ausgesprochen. Auch die Bundesdelegierten des BUND haben jüngst – auf Antrag der BUNDjugend – ihre Solidarität mit geflüchteten Menschen bekundet. Der BUND steht Schutzsuchen-

den und ihren UnterstützerInnen bei. Wir wenden uns gegen die vielfältige Gewalt, der sie ausgesetzt sind. Und wir fordern, den Rechtsstatus von Umwelt- und Klimaflüchtlings international anzuerkennen.

Ganz praktisch bieten viele BUND-Gruppen bereits ihre Hilfe an: Sie organisieren Exkursionen, damit Kinder ihre neue Umgebung kennenlernen. Sie integrieren Asylsuchende bei der Umweltbildung, geben ihnen die Chance, sich sinnvoll zu betätigen und erste Kontakte zu knüpfen – und erweitern so ihren eigenen Horizont. Auch die BUNDjugend hat Geflüchtete gezielt eingebunden, hat mit ihnen gekocht und gegärtnert.

Nur gemeinsam retten wir die Welt

Zudem nimmt der BUND an dem Sonderprogramm »Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug« teil. Wer sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagiert oder – selbst geflüchtet – seit wenigstens drei Monaten in Deutschland aufhält, kann sich über unsere Zentralstelle für einen der 10000 zusätzlichen Plätze bewerben. (Kontakt: victoria.muntendorf@bund.net)

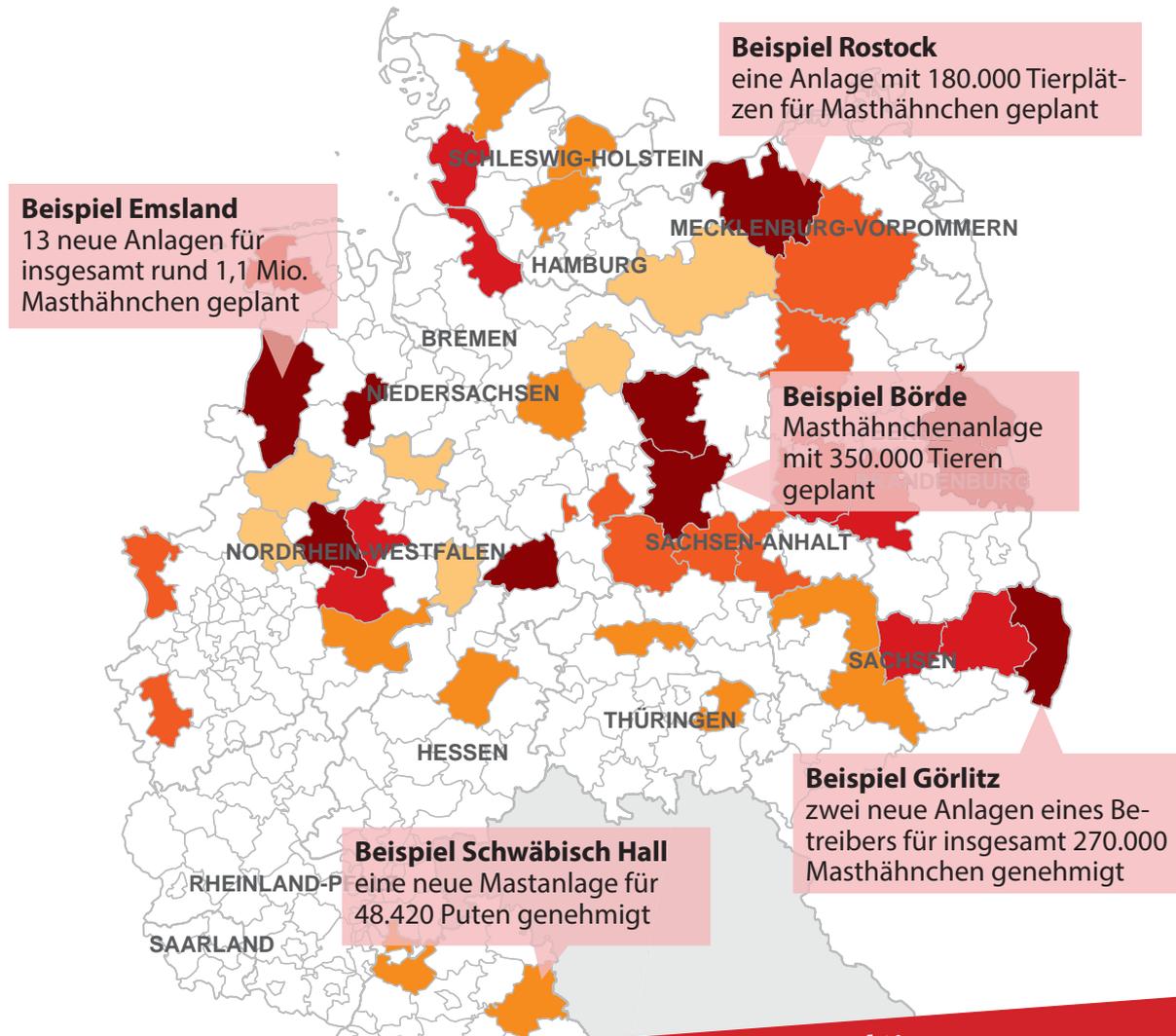
BUND und BUNDjugend beteiligen sich am gesellschaftlichen Diskurs. So wehren wir uns dagegen, die Suche nach Unterkünften und den sozialen Wohnungsbau gegen Anliegen des Naturschutzes auszuspielen. Die langjährigen Versäumnisse bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums dürfen jetzt nicht auf dem Rücken der Asylsuchenden ausgetragen werden. Nur gemeinsam können wir die Erde retten, jeder mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Je besser wir die Geflüchteten in unser Gemeinwesen integrieren, um so besser sind wir alle für die Zukunft gerüstet.

Lou Böhm, Sprecherin im Bundesvorstand der BUNDjugend, und Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND



Massentierhaltung auf dem Vormarsch

Seit 2012 wurden viele neue Ställe beantragt und genehmigt – trotz Umweltbelastung, Tierwohldiskussion und Überproduktion. Der BUND zeigt, in welchen Landkreisen neue Megamastanlagen für Hühner und Puten entstehen.



Grafik: sichttagation

mind. 6,65 Mio. neue Tierplätze für die **Geflügelmast**

* Bayern: keine Angaben	Neu genehmigte Tierplätze für Mastgeflügel:				
* Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Baden-Württemberg: keine vollständigen Angaben					
* Saarland: keine neuen Anlagen	<10.000	<50.000	<100.000	<250.000	bis über 1 Mio.

Genauere Daten zu neuen Geflügelmastanlagen und Tierplätzen unter: bund.net/mastanlagen



Verkehrsinfarkt

Blechlawinen wie hier im oberbayerischen Starnberg machen vielerorts das Leben zur Qual. Meist soll es dann eine Umgehungsstraße richten ...

Auto. Mobil?

Noch immer steigt die Zahl der in Deutschland zugelassenen Autos Jahr für Jahr, über 530 kommen heute auf 1 000 Einwohner. Autos, die größtenteils unvernünftig schnell und schwer sind – und viel umweltschädlicher, als uns die Autoindustrie und das eng mit ihr verbundene Verkehrsministerium gerne glauben machen. Betrug und Irreführung mit geschönten Abgaswerten müssen ein Ende haben. Der Schutz von Umwelt und Gesundheit muss die Modellpolitik der Autobauer weit stärker prägen als bisher. Und die Politik muss dafür die Weichen stellen.



Folgenschwerer Missgriff

So stellen sich deutsche Autobauer die Zukunft vor: 2,3 Tonnen schweres SUV mit Elektro- und Verbrennungsmotor. Verbraucht angeblich nur 3,3 Liter auf 100 Kilometer – im Alltagsmodus aber wohl rund viermal so viel.

Deutsche Autos

Verfehlte Politik

Jahrelang hat die Autoindustrie an einem Trugbild gemalt. Wir sollten glauben, sie könne Autos bauen, die einerseits immer größer, schwerer und schneller sind – gleichzeitig aber deutlich weniger Treibstoff verbrauchen und Schadstoffe ausstoßen.

Dieses Bild hat nun Risse bekommen. Seit letztem Herbst sehen wir von Woche zu Woche klarer: Ein Gros der von den Herstellern behaupteten CO₂-Einsparung fand nur auf dem Papier statt. Schadstoffgrenzwerte werden nur im Labor auf speziellen Prüfständen eingehalten. Noch immer aber beteuern die europäischen und besonders die deutschen Hersteller, sie würden die saubersten und sparsamsten Fahrzeuge entwickeln und bauen. Doch sobald im Realbetrieb gemessen wird, bleibt von diesem Anspruch wenig übrig.

Bei den gesundheits- und klimaschädlichen Stickoxiden bestätigt heute selbst die Bundesregierung: Die neuesten Euro-6-Dieselfahrzeuge stoßen in Wirklichkeit durchschnittlich rund sechsmal mehr aus als gesetzlich erlaubt. Lange glaubte die Politik die Zahlen der Automobilindustrie nur zu gerne, ging es doch um Arbeitsplätze und hohe Steuereinnahmen.

Wenn Umweltschutz keine Rolle spielt

Der bei Volkswagen aufgedeckte Skandal um manipulierte Software ist – mit Blick auf geschönte Werte – nur die Spitze eines riesigen Eisbergs. Sollte die Politik die Geschehnisse wirklich ernsthaft aufklären wollen,

werden weitere Hersteller folgen. Es ist aber kein Zufall, dass der Stein in den USA ins Rollen gebracht wurde. Deutsche und europäische Behörden schauen schon lange weg, wenn es um die Frage geht, ob Autos Schadstoffgrenzwerte wirklich einhalten.

Besonders die deutsche Politik verstößt seit Jahrzehnten gegen die Interessen von Umwelt und VerbraucherInnen – indem sie als Anwalt der großen Autohersteller auftritt. Jede EU-gesetzliche Normierung, die deren aktuelle Modellstrategie gefährden könnte, wird rigoros bekämpft. Egal, ob es um ehrgeizige CO₂-Flottengrenzwerte geht, um realistischere Prüfverfahren oder die Kontrolle der gesetzlichen Grenzwerte beim Schadstoffausstoß. Die Arbeit des BUND und anderer Umweltverbände wurde und wird nicht ernst genommen. Studien und umweltpolitische Erkenntnisse finden bei den Entscheidern kein Gehör.

Grenzwerte überprüfen!

Die Folgen dieser Politik erleben wir täglich und hautnah. Viel zu große und schwere Fahrzeuge verpesteten die Luft, vor allem in den Städten. Wie viel CO₂ und Schadstoffe diese Fahrzeuge auf der Straße wirklich emittieren, wird niemals nachgemessen. Weder bei der Zulassung neuer Fahrzeugmodelle noch bei der Abgasuntersuchung, die alle zwei Jahre stattfindet. Bei dieser Untersuchung wird ja nicht einmal festgestellt, ob die zur Abgasreinigung verbauten Teile noch im Fahrzeug

Stil ist nicht alles Entscheidend ist, was hinten rauskommt ...



plainpicture/Thomas Degen

sind, geschweige denn, ob sie noch funktionieren. Die Politik verlässt sich auf Messungen der Hersteller und die Motorelektronik, die den Prüfern ihre Funktionstüchtigkeit selbst bestätigt.

So kann und so darf es nicht weitergehen. Der BUND fordert die Politik auf, sich darauf zu konzentrieren, Umwelt und BürgerInnen zu schützen. Und dafür zu sorgen, dass Fahrzeuge die gesetzlichen Schadstoffgrenzwerte auch im Alltagsbetrieb einhalten. So müssen die Zulassung neuer Modelle und die Abgasuntersuchung reformiert werden. Und bei allen Fahrzeugtypen auf unseren Straßen muss geprüft werden, ob diese überhaupt der angegebenen Abgasnorm entsprechen. Dies hätte dann Einfluss auf die Kfz-Steuer und auf die Erteilung der Plakette, die zur Einfahrt in die Umweltzone berechtigt.

Verbrauch nebensächlich?

Ein Teil der umweltschädlichen Entwicklung im Autoverkehr geht auf den Trend zu SUVs zurück: alberne Pseudogeländewagen, die immer häufiger über unsere Straßen rollen. Ihre Hersteller versprechen ein Stück Freiheit und Abenteuer, gepaart mit dem Gefühl, anderen Verkehrsteilnehmern durch die erhöhte Sitzposition überlegen zu sein. Solche Fahrzeuge wiegen gerne mal 2,5 Tonnen, was gerade beim Stop-and-go in der Stadt Spritverbrauch und Schadstoffausstoß in große Höhe treibt.

Speziell den Haltern der Oberklassewagen dürfte es oft eher gleichgültig sein, wie viel Treibstoff ihre Karossen wirklich verbrauchen. Vier von fünf dieser Wagen werden in Deutschland als Dienst- oder Firmenauto genutzt. Die Tankrechnung wird also oft nicht privat, sondern per Tankkarte beglichen. Wer seinen Wagen in Deutschland steuerlich geltend macht, braucht – was den Verbrauch oder CO₂-Ausstoß betrifft – keinerlei Vorgaben zu befürchten. Das wussten die Lobbyisten bisher zu verhindern. Länder wie die Niederlande oder Großbritannien sind da schon weiter.

Bonus für alte Technik

Die Bundesregierung denkt derzeit sogar daran, Dienst- und Firmenwagen noch stärker zu fördern. Per Sonderabschreibung will sie besonders den Kauf von Plug-in-Hybrid-Modellen anheizen. Diese Schwergewichte beinhalten neben einem Verbrennungsmotor auch die Komponenten des extern aufladbaren elektrischen Antriebs. Ihre offiziellen Verbrauchswerte sind nur zu erreichen, wenn das Fahrzeug alle 25 Kilometer an einer Ladesäule oder Steckdose aufgeladen wird; schwer vorstellbar bei Nutzern im Außendienst.

Auch hier werden Emissionen also nur auf dem Papier gesenkt. Die Autohersteller können ihre veralteten Verbrennungsmotoren – verpackt in scheinbar innovative Fahrzeuge – weiter verkaufen, und der Staat unterstützt das noch.

Neuer Premiumbegriff nötig

Keine Frage: Mit ihrem Premiumsegment macht die heimische Automobilindustrie am meisten Gewinn. Doch wann begreift sie, dass »Premium« nicht bedeuten darf: immer größer, schwerer und schneller?

Die neue Spitzenklasse muss sauberer, kleiner und sparsamer werden, und das gilt auch für Elektroautos! Deutsche und europäische Autobauer müssen künftig in neue Fahrzeugkonzepte investieren, die den nachhaltigen Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr ergänzen. Doch dafür müssen sie sich endlich und ehrlich der Tatsache stellen, dass ihre heutige Modellpalette unsere Gesundheit und das Klima unnötig belastet und schädigt. Nur dann kann die Verkehrswende gelingen.

Jens Hilgenberg

... ist Mitarbeiter des BUND-Verkehrsreferats.

► www.bund.net/verbrauch-info



Der autogerechte Minister

Seit zwei Jahren ist Alexander Dobrindt Bundesverkehrsminister. Was hat er seitdem zuwege gebracht? Das Lieblingsprojekt aus seiner Zeit als CSU-Generalsekretär – die Pkw-Maut in Form einer Ausländervignette – hat letztes Jahr die EU-Kommission gestoppt, sie leitete ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Für die Erhaltung der Infrastruktur und den Klimaschutz aber ist eine echte Pkw-Maut unverzichtbar: auf allen Straßen und abhängig von der gefahrenen Strecke und den Emissionen.

Wieso regiert erneut ein CSU-Verkehrsminister, der die Zeichen der Zeit nicht versteht? Alexander Dobrindt setzt auf das Auto, auf neue Straßen und Spatenstiche (siehe den Folgebeitrag zum Bundesverkehrswegeplan). Moderne Mobilitätskonzepte und eine gut begründete Netzplanung, die alle Verkehrsträger – Straße, Schiene, Wasserstraße – einbezieht? Fehlanzeige.

Dobrindts Job wäre es, den Verkehr klimaverträglicher zu machen und für weniger Schadstoffe und Lärm, Flächenverbrauch und Zersiedelung zu sorgen. Statt die Verkehrsfinanzierung so zu reformieren, wie es die Experten in Dobrindts Auftrag empfohlen haben, will der Minister mit Privatkapital dafür sorgen, dass schneller neue Straßen gebaut werden können. Dabei

zerbröseln die bestehende Infrastruktur, und die Bahn gerät vollends ins Hintertreffen.

Statt dafür zu sorgen, dass der Verkehr endlich seinen CO₂-Ausstoß verringert, knüpft Minister Dobrindt das neue Luftverkehrskonzept an die Vorgabe, auch hier das Wachstum zu steigern. Keine Vorgaben macht er zur CO₂- und Lärminderung. Und zur Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene.

Beim Schutz der Menschen in den Ballungsräumen verweigert der Verkehrsminister den Kommunen die Unterstützung. An bundesweit 140 Messstellen werden derzeit die Grenzwerte für Stickstoffdioxid überschritten. Dobrindt bleibt untätig und ist so mitverantwortlich für Krankheiten und viele frühzeitige Todesfälle. Auch hier droht die EU-Kommission zu Recht mit millionenschweren Strafgeldern.

Umso mehr wird sich der BUND mit vielen Bürgerinitiativen weiter für eine zukunftsfähige, postfossile Mobilität engagieren. Für gesündere Luft, weniger Lärm und Alternativen zum rückwärtsgewandten neuen Bundesverkehrswegeplan.

Richard Mergner, BUND-Arbeitskreis Verkehr



Selbst zum Baubeginn von Ortsumfahrungen – wie hier im badischen Winden – greift der Verkehrsminister (Bildmitte) gerne persönlich zum Spaten.



BMVI

...vom klimafreundlichen Diesel

Zur Verteidigung ihrer Dieselwagen predigt die Autolobby im Abgaskandal das Motto »Wer für Klimaschutz ist, muss auch für Diesel sein«. Was ist da dran?



Staatlich subventionierte Umweltverschmutzung: Diesel zum Schleuderpreis.

Oft war es in den letzten Wochen zu hören: Moderne Dieselmotoren seien unverzichtbar, um den deutschen CO₂-Ausstoß wie versprochen zu senken. Der Diesel habe wegen seiner Effizienz eine »große Zukunft«. Doch das lässt sich leicht entkräften.

Zu den Fakten: Noch 1990 war nur jeder zehnte deutsche Neuwagen ein Diesel – heute ist es die Hälfte. Der Dieselboom erfasste die ganze Europäische Union. Und die meisten Diesel werden von deutschen Autokonzernen hergestellt. Bei BMW laufen 81 Prozent der Neuwagen als Diesel vom Band, bei Mercedes und Audi je 71 und bei VW immerhin 56 Prozent. Technisch ist der Diesel etwas effizienter als der Benziner. Weitaus effizienter noch ist aber der Elektroantrieb.

CO₂-Minderung gescheitert

Aktuelle Daten zeigen: Der Verkehr ist Deutschlands einziger Sektor, der seinen CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 nicht senken konnte. Seit 2012 steigen die Emissionen in Deutschland sogar wieder: plus 10 Millionen Tonnen CO₂. Wie es geht, zeigt Japan: Hybridisierung und viel Elektroantrieb konnten die CO₂-Emissionen der Neuwagen stark verringern, auf unter 120 g/km. Vier Gründe sind für das deutsche Scheitern verantwortlich:

► **Dieselsubvention:** Die Bundesregierung erhebt für Diesel eine um 18 Cent niedrigere Mineralölsteuer als für Benzin – ein massiver Anreiz zum Vielfahren. Deutlich höhere Fixkosten (für Anschaffung und Unterhalt) bei niedrigen »variablen« Kosten (fürs Tanken) verleiten dazu, längere Wege zu fahren und das Auto mehr zu

nutzen. Dem Gemeinwesen entgehen durch diese Subvention jährlich sieben Milliarden Euro an Steuern.

► **Mehr Schadstoffe:** Um die Treibhausgase zu senken, gab die EU-Kommission der Autoindustrie ein Versprechen. Als Ausgleich zu den verschärften CO₂-Grenzwerten sagte sie eine Bevorzugung der Dieselaautos zu, in Form laxerer Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide. Die Folge: Die seit 2005 gültigen EU-Grenzwerte für saubere Luft werden wegen der Diesel-Emissionen massiv überschritten.

► **Schwerer, stärker, umweltschädlicher:** Anders als in Frankreich, wo die Dieselmotoren mit geringem Aufpreis für effizientere Kompaktwagen eingesetzt wurde, erhöhten die deutschen Autohersteller ständig das Gewicht und die Motorleistung ihrer Modelle. Das Durchschnittsgewicht deutscher Neuwagen stieg seit 1980 um 1,6 Prozent pro Jahr, die Leistung der Dieselmotoren um 6,5 Prozent! Sparsame Dieselmodelle gibt es, anders als in Frankreich, nur gegen saftigen Aufpreis.

Um den höheren Verbrauch ihrer Neuwagen zu verschleiern, griffen die Hersteller in die Trickkiste. 2001 lag der reale CO₂-Ausstoß um 7 Prozent über den offiziellen Prüfwerten, 2013 schon über 20 Prozent. Und dieser Trend hält unvermindert an.

► **Höhere Fahrleistung:** Seit über zehn Jahren steigt die Fahrleistung deutscher Dieselwagen. Mittlerweile ist jeder Dieselfahrer durchschnittlich 20 000 Kilometer pro Jahr unterwegs. Und damit doppelt so weit wie Benziner, deren Fahrleistung kontinuierlich sinkt.

Autos leichter bauen!

Der BUND fordert deshalb die Subventionen für Dieselwagen umgehend abzuschaffen – durch die Angleichung der Energiesteuer auf die Kraftstoffe. Das würde die Fahrleistung wieder verringern und Verkehr vermeiden.

Weiter fordern wir leichtere Autos zu bauen – Leichtbau ist die wichtigste Innovation der Zukunft. Ohne die Gewichtszunahme der letzten Jahrzehnte läge der durchschnittliche Verbrauch schon heute bei drei Litern pro 100 Kilometer!

Die beste Lösung sind Elektroautos, die mit Strom aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien fahren. Damit nähern wir uns einer »Nullemission« an. Einhergehen muss dies natürlich mit einer neuen Mobilitätskultur – doch davon an anderer Stelle.

Werner Reh

... leitet das Verkehrsreferat des BUND.

Mehr dazu unter ► www.bund.net/modellpolitik



Jetzt ist die Öffentlichkeit gefragt

Bundesverkehrsminister Dobrindt fordert eine Planungs- und Beteiligungskultur, geprägt von einem »offenen und vor allem lösungsorientierten Miteinander«. Vermutlich nach Ostern beginnt die Bürgerbeteiligung zum neuen Bundesverkehrswegeplan. Der BUND ist gut vorbereitet.

Gute Verkehrsplaner müssen ihre Projekte klar und transparent begründen, Alternativen genau prüfen und sicherstellen, dass die Klima- und Umweltziele erreicht werden – zum Zweck einer bezahlbaren und umweltverträglichen Mobilität für alle im Jahr 2030.

Interessierte Bürger und Verbände werden zum neuen Bundesverkehrswegeplan sechs Wochen lang Stellung nehmen können: Ist ein Schienenprojekt, eine Autobahn oder Bundesstraße wirklich nötig? Sind Umweltschutz, Städtebau und Verkehrssicherheit ausreichend bedacht? Zur Debatte stehen ferner die Schwerpunkte des Planentwurfs und seine Folgen für die Umwelt. Die Bundesländer haben fast ausnahmslos die Wunschzettel ihrer Kommunen weitergereicht. Fast 1500 Straßen- und etwa 400 Schienenprojekte haben die Gutachter des Planwerks bewertet.

Schon 2013 schlug der BUND den Ländern 50 alternative Straßenprojekte vor. Manche Länder – wie Nordrhein-Westfalen – prüften sie intensiv. Andere weigerten sich, sie an den Bund weiterzugeben.

Gut beteiligt

Was der BUND unter »guter Beteiligung« versteht, haben wir in einem Sechs-Punkte-Programm beschrieben. Besonders fordern wir

- die bundesweiten Ziele und Prioritäten umzusetzen. Laut Grundkonzept des Wegeplans sind dies: weniger Treibhausgase, Schadstoffe und Lärm; weniger Flächenzerschneidung und -verbrauch; und mehr Lebensqualität in den Städten. Das sind auch die BUND-Ziele.
- Ergebnisoffenheit: Das Gesetz fordert alle vernünftigen Alternativen zu prüfen. Dazu braucht man Bürgerversammlungen und – bei Konflikten – Dialogverfahren. Auch muss unser Verkehr besser gelenkt und gemanagt, verlagert und vermieden werden.
- Statt nur möglichst viele Straßen zu bauen, müssen wir zu einer modernen, integrierten Verkehrsplanung übergehen, mit neuen Mobilitätskonzepten. Ortsumfahrungen etwa sollten die Verkehrsbelastung zumindest halbieren, nur dann sinkt der Lärmpegel deutlich. Innerörtliche Alternativen – wie überwachte Tempolimits, ein Umbau der Ortsdurchfahrt, »Flüsterasphalt« etc. – wirken meist besser, kostengünstiger und auch schneller.

Werner Reh



Die grünen Punkte zeigen 50 umweltschonende und kostengünstige Alternativen des BUND, nachzulesen unter ► www.bund.net/alternativen. Die roten Linien veranschaulichen die größten der geplanten 1500 neuen Straßen.

Der BUND unterstützt Ihre Stellungnahme inhaltlich, politisch und medial: ► www.bund.net/infrastruktur

Lebenswerter ohne Auto

Nur langsam wagen es deutsche Kommunen, den Autoverkehr gezielt zu verringern, um die Lebensqualität in ihren Ballungszentren zu erhöhen. In einigen Nachbarländern ist man uns da voraus.



Wenn ich morgens mit dem Fahrrad zur Arbeit fahre, erwartet mich ein wahrer Hindernisparcours – der übliche Berliner Slalom, vorbei an falsch parkenden Autos, diversen Baustellen und langsameren Radfahrern auf zu schmalen Radwegen. Fast wundere ich mich, wenn ich mein Ziel einmal ohne Zwischenfälle erreiche. Nehme ich den Bus, so hat der Fahrer es schwer, sein großes Gefährt rechtzeitig durch die morgendliche Rushhour zu bringen.

Eng ist es auf unseren Straßen auch, weil ein großer Teil des öffentlichen Stadtraums von parkenden Autos beansprucht wird. Autos stehen die weitaus meiste Zeit einfach herum. Diese Blechhaufen bilden zwar noch immer das Zentrum des deutschen Mobilitätsempfindens. Sie sind aber in mehrfacher Hinsicht das entscheidende Hindernis für eine nachhaltige und lebenswerte Stadt.

Zahl der Autos reduzieren

Städtischer Autoverkehr ist mit einer langen Kette von Nebenwirkungen verbunden. Neben dem enormen Platzbedarf, den Sicherheitsrisiken und der Lärmbelastung stellt der hohe Ausstoß von gesundheitsschädlichen Schadstoffen und CO₂ ein großes Problem dar. Europas Metropolen sind sich ihrer Verantwortung zunehmend bewusst. Die im Kampf gegen Luftverschmutzung vorbildlichen Städte Kopenhagen und Stockholm haben ambitionierte Pläne für die nächsten Jahrzehnte. Stockholm plant bis zum Jahr 2050 komplett aus fossilen Energien auszustiegen. Kopenhagen will schon 2025 klimaneutral sein und begreift dies als große Chance, lebenswerter und attraktiver zu werden. Auch deutsche Kommunen formulieren Ziele. So wurde sich das Berliner Abgeordnetenhaus in einer überparteilichen Kommission einig, bis 2050 klimaneutral sein zu wollen – unverbindlich, aber immerhin.

Doch wo anfangen? Wie sicherstellen, dass die wachsende Stadtbevölkerung mobil bleibt, und das klimaschonend und schadstoffarm? Die Lösung hierfür liegt nicht in erster Linie bei sparsameren Autos. Städte blühen vor allem dann auf, wenn sie die Zahl der Autos deutlich reduzieren oder diese stellenweise ganz verbannen können.

Parkgebühren und Maut

Die meisten deutschen Städte tun bislang noch viel zu wenig, um den Autoverkehr zu verringern. So erheben viele Städte mit überlasteten Zentren noch nicht ausreichend Parkgebühren. Und an eine Maut für die Innenstadt hat sich bis heute keine deutsche Stadt

gewagt. (In London soll sich die bestehende Maut 2020 noch einmal erhöhen – für alle Fahrzeuge, die nicht der neuesten Abgasnorm genügen.) Eine Ausnahme hierzulande bildet Stuttgart. Dort soll der Autoverkehr bis 2020 um wenigstens ein Fünftel sinken. Gedacht wird an eine Verschärfung der Umweltzone: Passieren dürften dann nur noch Fahrzeuge, die die neue »Euro-6«-Norm erfüllen.

Alternativ fördern immer mehr Städte den Nahverkehr sowie Radfahrer und Fußgänger. Und das ist auch nötig. Nur wo es Alternativen gibt, lässt es sich ganz oder teilweise aufs Auto verzichten. Wenn nicht in den Städten, wo sonst?

Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt heute in der Stadt. In den Städten vollziehen sich drei Viertel der globalen Wertschöpfung. Sie sind die Orte mit der höchsten Bevölkerungsdichte, aber auch der schlechtesten Luftqualität. Damit spielen Städte eine entscheidende Rolle im Kampf für eine menschengerechte und klimaschonende Mobilität.

Arne Fellermann

... ist Mitarbeiter des BUND-Verkehrsreferats.



Kopenhagen
Radfahrerinnen
und Fußgänger –
und immer häufiger
kein Auto
mehr in Sicht.



Mobilitätsagentur Wien/Wolfgang Zajic

Wien
 Auf dem Transportrad durch die Innenstadt – noch kein alltägliches Bild. Vielleicht, weil der öffentliche Nahverkehr so vorbildlich ist?

Vorbild Wien

»Belastung ist massiv gesunken«

Für eine bessere Luftqualität hat Österreichs Hauptstadt in den vergangenen Jahren viel getan. Arne Fellermann sprach mit Karin Büchl-Krammerstätter, Leiterin der städtischen Umweltschutzabteilung, über die Wiener Maßnahmen.

Wien war in unserem europäischen Städtevergleich für gute Verkehrspolitik ganz vorn dabei. Auch beim Klimaschutz tut sich bei Ihnen einiges?

Ja, Mobilität ist heute fest in unsere Stadtplanung integriert. Ein wichtiges Ziel ist es, CO₂ und Luftschadstoffe aus dem Verkehr zu senken. Die EU-weiten Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide zwingen uns zu handeln. Gleichzeitig müssen wir darüber nachdenken, wie sich unsere wachsende Metropole nachhaltig entwickeln kann. Seit 2001 ist Wien um über 250.000 EinwohnerInnen gewachsen, und dieser Trend setzt sich fort.

Was sind Ihre Ansätze für ein schonendes Wachstum?

Zunächst versuchen wir, Wien behutsam und möglichst dezentral nachzuverdichten. So können wir die Wege in der Stadt kurz halten, die Menschen bleiben ohne viel unnötigen Verkehr mobil. Bei der Anbindung neuer Viertel achten wir auf ein ausgewogenes Verkehrsangebot. Zum Beispiel die Seestadt – ein neues Quartier zehn Kilometer vom Zentrum entfernt. Sie ist direkt an eine leistungsfähige neue U-Bahn angebunden. Eine gute Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger wurde dort gleich mitgeplant.

Wie reduzieren Sie den Feinstaub- und Stickstoffdioxid-ausstoß des Verkehrs?

Die Belastung ist in den letzten Jahren massiv gesunken. Seit einiger Zeit liegen wir konstant unter

den EU-Grenzwerten für Feinstaub. Ein Gutteil der Emissionen kommt via Ferneintrag nach Wien.

Unseren hausgemachten Anteil bekämpfen wir mit einer Vielzahl von Maßnahmen. So haben wir die Fernwärme und den öffentlichen Verkehr ausgebaut, die öffentliche Beschaffung nach ökologischen Kriterien ausgerichtet und den Betrieb alter Baumaschinen eingeschränkt. Unser Hauptaugenmerk liegt auf den Verkehrsemissionen. Um den Schadstoffausstoß zu senken, wollen wir zum Beispiel alte LKW verbieten und das Mobilitätsbedürfnis mit umweltfreundlichen Alternativen zum Auto bedienen.

Was hat Wien unternommen, um den Autoverkehr insgesamt zu verringern?

Der Anteil des Autoverkehrs ging von 2008 bis 2014 von 33 auf 27 Prozent zurück. Bis 2025 wollen wir ihn auf 20 Prozent drücken. Wichtig ist uns der öffentliche Nahverkehr: Unser Netz wird laufend ausgebaut, und dazu der Service verbessert. Alle U-Bahnstationen sind barrierefrei erreichbar, U-Bahnen und Autobusse verkehren auch nachts, und innerstädtisch fahren E-Busse.

2012 haben wir zudem den Preis der Jahreskarte auf 365 Euro gesenkt – ein Euro pro Tag. So konnten wir die Zahl der AbonnentInnen um etwa 74 Prozent erhöhen.

Auch der Radverkehr hat sich seitdem verdoppelt. Sein Anteil liegt jetzt bei – allerdings noch sehr entwicklungsfähigen – sieben Prozent. Daran arbeiten wir weiter!



Das RIP-Dilemma

Elektrisches Car-sharing – so am ehesten haben Autos noch eine Zukunft in der Stadt.



Eine Million Elektroautos soll in fünf Jahren über unsere Straßen rollen. Von diesem Ziel ist die Bundesregierung meilenweit entfernt. An einer Förderoffensive führt kein Weg vorbei.

Keine Frage, die Mobilität der Zukunft funktioniert mit Strom. Schon im Jahr 2030 werden die Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen weitgehend elektrisch angetrieben. Die Vorteile sind frappierend. Vor allem wird es möglich, Mobilität umweltfreundlich zu organisieren – in letzter Konsequenz mit beinahe null CO₂-Ausstoß: wenn die Elektrizität zum Antrieb der Fahrzeuge aus erneuerbaren Quellen kommt. Nur so können die Klimaziele der Bundesregierung erreicht werden – zahlreiche Studien belegen dies.

Die Wirklichkeit sieht indes trist aus. Ende 2015 waren gerade einmal rund 30 000 reinrassige Elektroautos unterwegs. Dabei hatte sich die Bundesregierung vorgenommen, schon 2020 die erste Million zu erreichen.

Konzertierte Aktion

Wie kann die Lücke geschlossen werden? Die Experten sind sich einig: Nur eine konsequente Industriepolitik wird es richten. Innerhalb der Bundesregierung

wird gerade eine Kaufprämie von 5 000 Euro pro E-Auto diskutiert, um den Absatz anzukurbeln. Wissenschaftler wie Stefan Bratzel fordern eine konzertierte Aktion von Autobauern, Zulieferern und Staat – mit dem Ziel, das »RIP-Dilemma« zu überwinden. Gemeint sind Reichweite, Infrastruktur und Preis. Die Reichweite der heutigen E-Autos ist viel zu gering, die Infrastruktur zum Aufladen kaum vorhanden, der Preis der Fahrzeuge viel zu hoch.

Bratzel sieht die Hauptaufgabe darin, mit staatlicher Förderung die Kernkomponente der Fahrzeuge weiterzuentwickeln: die Batterie. In spätestens zehn Jahren sollte sie mindestens 500 Kilometer durchhalten und dann nur noch ein Bruchteil der heutigen Akkus kosten. Batterie-elektrische Pkw könnten dann fürs gleiche Geld wie Autos mit Verbrennungsmotor zu haben sein und ohne großen Komfortverlust genutzt werden.

Intelligent fördern

Doch kann das nur ein Mosaikstein in einer Industriepolitik sein, die sich ganz auf neue Mobilitätslösungen ausrichtet. Gefragt ist eine intelligente Förderung nicht nur von Pkw, sondern von allen elektrisch angetriebenen Fahrzeugen: also auch Eisen- und Straßenbahnen, Lastenfahrrädern, Lieferfahrzeugen und Bussen, die per Oberleitung mit Strom versorgt werden.

Im innerstädtischen Verkehr müssen für jede City maßgeschneiderte Lösungen gefunden werden, um die Verkehrssysteme bestmöglich zu verzahnen. Das kann die Förderung von E-Carsharing und E-Taxis sein, um den öffentlichen Nahverkehr zu ergänzen. Oder die Ausweisung von Zonen, wo nur Stromer und Fahrräder fahren dürfen.

Bei Kaufprämien für Pkw reicht es nicht, blind alle Autos mit elektrischem Antrieb zu subventionieren, wie es die Bundesregierung derzeit diskutiert. Das nämlich hieße, dass auch die Mercedes-S-Klasse in der Plug-in-Hybrid-Variante (Elektro- und Verbrennungsmotor nebst Steckdose) Geld vom Staat bekäme – für ein Auto, das auf der Straße weit mehr als zehn Liter pro 100 Kilometer schluckt!

Die Förderung muss überdies an fortschrittliche Fahrzeugkonzepte geknüpft werden: an Elektroautos, die sehr viel leichter und zugleich sparsamer sind. Finanzieren müssen dies die Fahrer der Spritfresser – über eine erheblich höhere Kfz-Steuer für PS-starke Limousinen und Pseudo-Geländewagen.

Frank-Thomas Wenzel

... ist Wirtschaftskorrespondent der Dumont-Hauptstadtredaktion.



Kein Muss mehr

Das Durchschnittsalter derer, die in Deutschland noch Neuwagen kaufen, steigt unaufhörlich. Für junge Menschen verliert das – eigene – Auto schleichend an Attraktivität, immer häufiger verzichten sie gar auf den Führerschein. Ein Erfahrungsbericht.

Ich bin in einem hessischen Dorf aufgewachsen, weit entfernt von jeder größeren Stadt. Das einzige öffentliche Verkehrsmittel war der Schulbus. Und die meisten Wege waren zu lang, um sie mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückzulegen. Ein Alltag ohne Auto war dort also schlecht möglich. Aus Mangel an Alternativen hatte das Auto einen hohen Stellenwert. Etliche von uns machten gleich mit 17 oder 18 den Führerschein, um endlich mobil zu sein.

Ein eigenes Auto kauften dennoch die wenigsten. Viele wollten ihr Geld lieber für andere Sachen sparen. Sie nutzten das Auto der Eltern oder das von Bekannten, soweit es möglich war. Der Zugriff auf ein Auto blieb aber wichtig. Selbstständigkeit und Unabhängigkeit sind auf dem Land daran gebunden.

Lieber ohne Auto unterwegs

Mittlerweile lebe ich in Stadtnähe. Ein Auto nutzt in meinem Umfeld fast niemand mehr. Denn die Alternativen sind vielfältig: Busse und Bahnen fahren regelmäßig, mit dem Fahrrad komme ich sowieso fast überall hin. Ob auf dem Rad oder mit den Öffentlichen – meist finde ich es deutlich angenehmer, mich nicht im Auto durch die Stadt bewegen zu müssen. Volle Fahrradständer bestimmen hier den Alltag junger Menschen mehr als die Suche nach einem Parkplatz.

Frage ich meine Eltern, wie sie in ihrer Jugend mobil wurden, erzählen sie stolz vom ersten Mofa (natürlich getunt!) und dem ersten Auto, an das sie sich noch mit jedem Detail erinnern. Mit leuchtenden Augen denken sie zurück an den tollen Moment, als sie es endlich hatten. So früh wie möglich musste damals der Führer-

schein her, und dann am besten gleich ein Auto. Selbst wenn dieses erste eigene Auto aus dritter Hand war und schon ordentlich klapperte – der Generation meiner Eltern (und wohl auch der meiner Großeltern) galt es noch als echtes Statussymbol.

Pragmatisches Verhältnis

Diesen Wert hat das Auto in meiner Generation – zumindest in meinem Umfeld – inzwischen gründlich verloren. Wenn es bei uns um Autos geht, ist die Sichtweise viel pragmatischer geworden. Der Nutzen steht im Vordergrund. Und an ein eigenes Auto wird erst gedacht, wenn es wirklich unverzichtbar erscheint.

Doch werde ich denn je ein eigenes Auto brauchen? Wer auf ein Auto angewiesen ist, hat ja zum Glück die Wahl: Alternativen wie Carsharing oder Mitfahrgelegenheiten nutzen heute viele von uns.

Und wie so viele meiner Freunde habe auch ich bisher noch keinen Führerschein. Ich werde damit sicherlich so lange warten, wie ich auch ohne Auto gut mobil sein kann.

Wenn ich die mit Autos überfüllten Innenstädte betrachte, und den ganzen Stress und die schlechte Luft deswegen – da hoffe ich doch, mindestens noch viele Jahre aufs Auto verzichten zu können.

Carolin Lotter



Die 20-Jährige studiert in Darmstadt Wirtschaftsingenieurwesen und gehört zum Vorstand der BUNDjugend.



Die Zeiten, da man sich so stolz mit seinem ersten Auto präsentierte, sind schon ein Weilchen vorbei.

BUNDladen

Schönes kaufen, Gutes tun!



Pflanztisch • Verzinkte Arbeitsfläche, aus FSC®-Kiefernholz. Leichte Montage, L 84 x B 38 x H 90 cm. Best.-Nr. 22 531 **59,90 €**



Frühbeet auf Beinen • Mit verstärkter Einlage plus Ablagebrett. Massives FSC-Kiefernholz. L 78 x B 39 x H 85 cm. Nr. 22 548 **95,- €**



Demeter-Saatgut • Unter www.bundladen.de finden Sie weitere Gemüse- und Blumensamen.

- Tomate Primabella Nr. 22 244 **2,20 €**
- Samentüte Ostergras Nr. 22 208 **1,75 €**
- Bantam Mais Nr. 10 475 **2,50 €**



Tomatendünger
250 ml organischer Dünger, flüssig, reicht für ca. 25 Liter Gießwasser. Nr. 66 025 **5,49 €**

WEITERE HISTORISCHE APFELSORTEN IM SHOP

Apfelbaum James Grieve • Historische Apfelsorten eignen sich besonders für Allergiker, Der Baum wird als Halbstamm geliefert. Nr. 86 018 **42,- €**



Bestelltelefon
(0 30) 2 75 86-480



Wildblumen-Mischung für Wildbienen

Mehrhjährig Nr. 10 477
Einjährig Nr. 10 478
je 6,95 €



Feuer-Wok • Grillpfanne Ø 47,5 cm, Fuß Ø 20 cm, H 22 cm, 4,8 kg. Nr. 21 062 **129,- €**



Schmelzfeuer für den Garten

Die Gartenfackel zum Kerzen recyceln. Keramik, H 14,5 cm, Ø 20 cm. Schale Nr. 22 119 **78,- €**
Gestell Nr. 22 154 **59,90 €**



Gartenbank Enya
B 157 x T 61 x H 89 cm.
Nr. 22 568 **299,50 €**

Tisch Enya
150 x 90 cm
Nr. 22 571
427,50 €

Sessel Enya
Nr. 22 567
214,90 €

Sitzgruppe Enya • Diese Möbel sind besonders bequem durch die geschwungenen Streben. Zeitloses Design und die wetterfeste, FSC-zertifizierte Robinie garantieren eine lange Lebensdauer. Sitzhöhe 42 cm. Sitztiefe 48 cm.



Sitzbank
Nr. 22 557 **239,50 €**

Stuhl ohne Armlehnen
Nr. 22 559 **97,50 €**

Stuhl mit Armlehnen
Nr. 22 558 **119,50 €**

Tisch rund, Ø 110 cm
Nr. 22 563
209,50 €

Gartenmöbel Maja
Unsere klappbare Serie in Gastro-Qualität versprüht nostalgischen Charme. Alle Metallteile sind rostfrei vollverzinkt, aus FSC-Robiniennholz. Tisch quadratisch (o. Abb.) 80 x 80 cm
Nr. 22 562 **169,50 €**



Gartenbank Cansa • B 156 x T 62 x H 90 cm. Sitzhöhe 45 cm, Sitztiefe 45 cm, Sitzbreite 150 cm. Nr. 83 038 **329,- €**

Hier bestellen Sie
fix online:
www.bundladen.de



Liege Talisa • Verstellbare Rückenlehne, aus FSC-Robiniennholz. B 58 x L 200 x H 31 cm. Nr. 22 553 **334,50 €**

Auflage Talisa
Natur Nr. 22 556-A
Blau Nr. 22 556-B
82,50 €



Stapelbox Eiche • Mit Tafelinsatz zur Beschriftung. Weitere Boxen im Shop erhältlich. L 39 x B 31 x H 20 cm. Nr. 33 112-A **39,90 €**

Naturschutz beginnt im Garten
Bewährte ökolog. Pflanztipps auf 112 Seiten. Nr. 09 006 **8,90 €**



Sonnenglas • Ohne Deko. Nr. 33 088 **29,90 €**



5 €
Osterrabatt

Ab 50 € Bestellwert.
Für alle registrierten
KundenInnen, die zum
2. Mal im Shop bestellen.
Bis zum 29.3.2016.



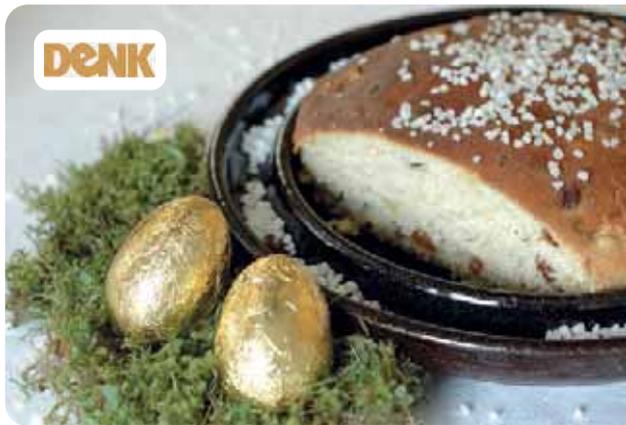
**Samentüte
Schmetterlingsblumen**
Nr. 10 472 **1,- €**

Schmetterlingsaufzuchtset
Mit einem Gutschein für fünf
lebendige Raupen.
Nr. 28 001 **24,90 €**

Bio-Gartenset für Kinder
Leicht zu ziehende Kresse, Kapuzinerkresse
und Zucchini, Kokostöpfe, torffreie
Quelltabs, Gartenwerkzeuge, Handschuhe
und Anleitung. Nr. 66 024 **19,99 €**

www.bundladen.de

bestellung@bundladen.de · T. (0 30) 2 75 86-4 80



Backplatte Bread & Cake · Durch die Wasserrinne wird das Osterbrot
besonders knusprig. Ø 29,5 cm, H 4 cm, 2,2 kg. Nr. 27 346 **49,90 €**



Sturm-Taschenschirm
Sturmfest bis 60 km/h
Schirm: 87 x 87 cm,
zusammengeklappt: 25 cm.
Nr. 62 042-A **29,95 €**
Auch in rot und schwarz
erhältlich.

Hier bestellen Sie
fix online:
www.bundladen.de

Teebeker Tea to go
Ohne Weichmacher.
Nr. 33 123 **22,55 €**



Schälmesser Vogelschnabel
Nr. 33 107 **13,45 €**



Tomatenmesser
Nr. 33 106 **19,- €**

**Aktionspreis
bis 29.3.16**



**Kräuterbrett mit
Wiegemesser**
Nr. 33 124
29,90 € statt 34,90 €

LED-Solarleuchte mit 7 Farben
Ohne Deko. Nr. 66 029 **19,95 €**



Ohrwurmhäuser · Schüt-
zen Pflanzen auf natürliche
Weise vor Blattläusen. 3 Stück,
Keramik, Ø 3 cm, H 12cm.
Nr. 66 046 **19,90 €**



Hummelburg · Der bemale Eingang lockt
die fleißigen Gartenhelfer an. Aus Keramik, mit
Nistwolle und Anleitung, H 16 cm, Ø 27 cm,
5,5 kg. Nr. 22 117 **59,90 €**



Reihenhaus für Spatzen

Nr. 34 009
73,50 €



Vogeltränke Granicum
Nr. 66 045
Ständer für die Vogeltränke
Nr. 66 049 **79,- €**



Meisenkasten · Flug-
lochweite: 26-28 mm.
Nr. 22 205 **16,50 €**



**Vogelhaus für
den Hausgarten**
Holzbeton, Flugloch-
weite: Ø 26 mm.
Nr. 22 139-C **24,50 €**



Nisthöhle · Holzbeton,
Fluglochweite: Ø 32
mm. Mit Bügel zum Auf-
hängen und Alunagel.
Nr. 22 136-A **22,50 €**



Nisthöhlen einzeln:

1 **Vogelhaus für
Nischenbrüter**
Nr. 22 143 **31,50 €**

2 **Nisthöhle
Flugloch oval**
Nr. 66 022 **26,30 €**

3 **Nisthöhle
Dreiloch**
Nr. 66 026 **26,30 €**



Zaunkönigkugel
Ø 18,5 cm, Flugloch-
weite: 30 x 27 mm.
Nr. 22 131-B **36,90 €**

Harlekin auf Beerensuche

Für einen Nachtfalter ist der Stachelbeerspanner ziemlich farbenfroh. Der BUND hat die gefährdete Art zum »Schmetterling des Jahres 2016« ernannt.

Abraxas grossulariata heißt der Schmetterling des Jahres 2016 – zu Deutsch: Stachelbeerspanner. Den Nachtfalter hat der BUND mit der Naturschutzstiftung seines Landesverbandes in NRW gekürt, er gilt als gefährdet. »Vor allem die intensive Forstwirtschaft bedroht diesen Spanner. Kiefern- und Fichtenforste haben die feuchten, lichtdurchfluteten Laubwälder verdrängt, in denen er früher lebte. Bevorzugt besiedelt der Falter Flussniederungen. Die Rodung der Auwälder hat zu seiner Gefährdung beigetragen«, so Jochen Behrmann, Schmetterlingsexperte der Stiftung.

Der Stachelbeerspanner ist etwa zwei Zentimeter lang, die Flügelspannweite misst vier Zentimeter. Seiner auffälligen Färbung wegen wird er auch Harlekin genannt. Der orangefarbene Körper und die weißen Flügel sind vielfach schwarz gefleckt, die Vorderflügel zieren orangegelbe Streifen. Diese auffällige Warntracht schützt ihn vor Fressfeinden.

Als Falter nehmen die Spanner keine Nahrung mehr auf. Im Hochsommer sind sie nur wenige Wochen lang

nachts aktiv. Ihre Eier heften sie an die Unterseite von Blättern der Stachel- und Johannisbeere. Auch die Rau-
pen sind lebhaft gefärbt und für Vögel ungenießbar. Sie überwintern eingesponnen zwischen Blättern.

Früher waren Stachelbeerspanner auch in Wohngebieten verbreitet. »Das Ende der bunten Bauerngärten hat sie aus unseren Ortschaften vertrieben«, so Jochen Behrmann. Der BUND empfiehlt Gartenbesitzern deshalb, wieder mehr Beerenobst anzupflanzen und auf den Einsatz von Pestiziden ganz zu verzichten. Dann könne der schöne Nachtfalter in unsere Gärten zurückkehren.

Schon seit 2003 wirbt der BUND mit dem »Schmetterling des Jahres« für den Schutz unserer Tag- und Nachtfalter und der biologischen Vielfalt. Als ungefährdet gelten heute nur noch ein Drittel der Tagfalter und die Hälfte der Nachtfalter in Deutschland.

Mehr Informationen erhalten Sie unter ► www.bund.net/stachelbeerspanner

Raupe und Falter des Stachelbeerspanners ähneln sich erstaunlich.



L. Hlášek



P. Buchner



G. J. Loos

Libelle des Jahres

Die Gemeine Binsenjungfer ist die Libelle des Jahres 2016 – gekürt vom BUND und der Gesellschaft deutschsprachiger Odonatologen (Libellenkundler). Sie gilt noch nicht als gefährdet, wird aber vielerorts erkennbar seltener. Angewiesen ist sie auf Gewässer mit stabilem Wasserstand. Im Zuge des Klimawandels schwankt der Wasserspiegel in Tümpeln, Teichen und Seen, Wassergräben und Bächen stärker als früher. Häufiger trocknen Kleingewässer auch komplett aus. Die Larven der Binsenjungfer entwickeln sich dann nicht mehr zur ausgewachsenen Libelle. Sie ist damit eine Frühwarnerin vor den Folgen des Klimawandels.

Gefärbt ist die Gemeine Binsenjungfer grün-metallisch. Nur die Männchen sind am Anfang und Ende des Hinterleibs blau bereift. Sie erreichen eine Körperlänge von knapp vier und eine Flügelspannweite von fünf Zentimetern. Ihr Flug ist eher langsam. Als typische Sommerart fliegt die Libelle des Jahres hauptsächlich von Ende Juni bis Ende September.

Seit 2011 weist der BUND mit einer »Libelle des Jahres« auf die Bedrohung dieser Insekten hin. 30 der 81 heimischen Libellen stehen derzeit auf der Roten Liste, weitere fünf auf der Vorwarnliste. Mehr Informationen unter ► www.bund.net/libellen

Auf leisen Pfoten ...

Nach vier Jahren zieht der BUND eine positive Bilanz seines Projekts »Wildkatzensprung«.

Die Wildkatze breitet sich in Deutschland stellenweise wieder aus. Gleichzeitig sind viele Wälder, die als Lebensraum geeignet wären, noch verwaist. Das ist das ambivalente Fazit unseres Projekts »Wildkatzensprung«. Zehn Landesverbände haben sich seit 2011 auf die Spur der Wildkatze begeben: Wo kommt sie noch vor? Und wo geht sie auf Wanderschaft?

Inzucht kein Problem

Baldrian macht es möglich: Lockstöcke, die damit eingesprüht werden, ziehen Wildkatzen magisch an. Sie reiben sich daran und lassen einzelne Haare. Deren genetische Analyse führte zum Nachweis von vier Populationen der Wildkatze in Deutschland. Wir erfuhren, wie sich bestimmte Bestände entwickeln, welche Wege die Tiere wandern und wo Barrieren ihre Ausbreitung behindern. Überrascht haben uns zum Beispiel die Nachweise bei Bonn oder die hohe Zahl an Treffern in Nordbayern. Dagegen ist sie im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb und im Osten Deutschlands noch immer nicht heimisch.

Anders als befürchtet stellt Inzucht bisher kein Problem dar. Alle Populationen zeigten sich genetisch vielfältig. Doch isolierte Lebensräume bleiben ein Risiko. Mehrere harte Winter oder schlechte Mäusejahre reichen aus, um eine Population ernsthaft zu bedrohen.

Aufgewertet und verknüpft

Damit die Wildkatze neue Lebensräume erobern und stabile Bestände aufbauen kann, verknüpften wir Wälder in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen mit grünen Korridoren. So wächst ein Netz von Lebensräumen, die lange durch Siedlungen, Straßen oder Ackerflächen getrennt waren. In Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sorgten wir für eine Aufwertung von Wirtschaftswäldern. Wo Bäume natürlich altern dürfen und mehr Totholz liegen bleibt, profitiert nicht nur die Wildkatze, sondern mit ihr viele andere Tiere des Waldes.

Die Bilanz in Zahlen: 5 500 Haarproben konnten wir sammeln und dabei 2 410-mal Wildkatzen nachweisen. Entlang ihrer Wanderwegen konnten wir wichtige Flächen sichern und als Pilotprojekt elf Waldverbindungen pflanzen. Ohne die Hilfe der Behörden, Politik, Jäger, Forst- und Landwirtschaft und das bundesweite Netz unserer über 1 200 Freiwilligen wäre dies nicht möglich gewesen. Wildkatzenschutz verbindet außer Wälder auch Menschen – der sicherlich schönste Nebeneffekt unseres »Wildkatzensprungs«.

Jenny Therese Kupfer



T. Stephan



► www.bund.net/wildkatze

Schatten und Licht

Wie wird in Deutschlands Wäldern heute gewirtschaftet?
Über gute und schlechte Beispiele berichtet der neue Waldreport.



Unsere Wälder stehen zunehmend unter Druck. Brennholz ist stark gefragt, die Holzpreise sind enorm gestiegen. Es lohnt sich heute, auch Bäume zu fällen, deren Erlös früher kaum die Kosten gedeckt hätte. Der BUND betrachtet diese Entwicklung mit Sorge. Immer wieder erreichen uns Berichte von massiven Holzeinschlägen, geschundenen Waldböden, gefälltten Höhlenbäumen. Besonders gravierend sind solche Eingriffe in strengen Schutzgebieten, die gefährdete Arten und Lebensräume bewahren sollen.

Doch neben viel Schatten gibt es auch Licht: öffentliche Wälder, in denen das Gemeinwohl und der Schutz der biologischen Vielfalt klar vor dem wirtschaftlichen Interesse der Holzgewinnung stehen. Und Privatwälder, deren Besitzer sich freiwillig für den Schutz wertvoller alter Bäume engagieren.

Ehrenamtlich und hauptamtlich aktive WaldschützerInnen des BUND haben zwanzig Beispiele aus ganz Deutschland zusammengetragen – zehn negative und zehn positive. Im Mittelpunkt steht dabei die Verantwortung der Behörden, in den öffentlichen Wäldern

vorbildlich und am Gemeinwohl orientiert zu wirtschaften. Nicht immer werden sie ihrer Verantwortung gerecht. Davon zeugen Kahlschläge und andere rücksichtslose Eingriffe selbst in sensiblen Schutzgebieten.

Andernorts hat der lange Atem von BUND-Aktiven dazu beigetragen, dass Wälder naturverträglich und schonend bewirtschaftet werden und stellenweise ganz frei von menschlichen Eingriffen wachsen können. Eine ökologisch verträgliche Waldwirtschaft ist möglich! Das zeigen unsere Positivbeispiele.

Der BUND fordert, bestehende Gesetze und Verordnungen gerade in Schutzgebieten konsequent umzusetzen und Verstöße zu ahnden. Um unsere Wälder davor zu schützen, für einen kurzfristigen Profit ausgebeutet zu werden, muss in einigen Ländern und auf Bundesebene der ordnungsrechtliche Rahmen verbessert werden. Und wieder mehr gut ausgebildetes Forstpersonal eingestellt werden.

Nicola Uhde

... ist die Waldexpertin des Bundesverbands.

Zu den Fallbeispielen und unseren Schlussfolgerungen:
► www.bund.net/waldreport2016

Waldbau brutal:
Vor einer Neupflanzung wurde viel Gehölz entfernt und schweres Gerät eingesetzt – Lampertheim in Hessen. Auf einem guten Weg ist dagegen der Berliner Grunewald (oben).





Karl-Friedrich Weber

Kahlschlag in einem FFH- und Vogelschutzgebiet bei Wolfenbüttel, Niedersachsen.



Helmut Hermann

Waldzerstörung im Naturschutzgebiet Pähler Schlucht, Oberbayern.

Energiewende bedroht

Deckeln, bremsen, zentralisieren: Das ist die Marschrichtung der Bundesregierung für den Ausbau der Energieerzeugung aus Sonne, Wind oder Biomasse. Derzeit ändert sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Um die Energiewende zum Schutz des Klimas zu beschleunigen? Ganz im Gegenteil ...



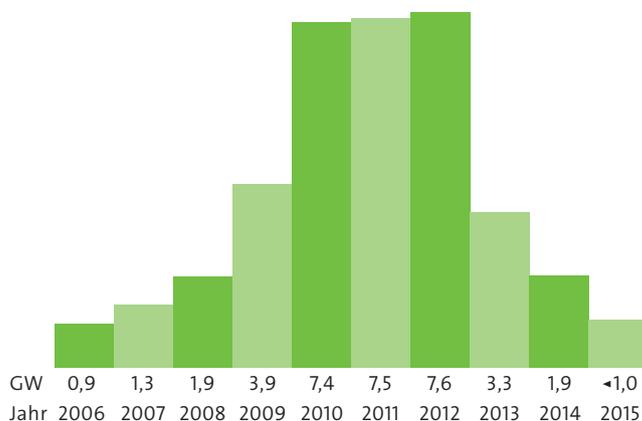
Neuere Solaranlagen werden kaum noch errichtet (siehe Grafik), auch viele Biogasanlagen stehen bald vor dem Aus. Das ist das Ergebnis der letzten Gesetzesänderungen. Nun gerät auch die Windkraft an Land ins Visier der schwarz-roten Energiepolitik. Die Bundesregierung will ihren Ausbau bremsen. Nach der geplanten Umstellung der Förderung wäre Windenergie in Bürgerhand kaum mehr möglich.

Verfehlen wir unsere Klimaziele?

Schon mit der Gesetzesänderung 2014 deckelte die Große Koalition den Ausbau der Erneuerbaren. Höchstens 45 Prozent Anteil am Stromverbrauch sollten die bis 2025 erreichen. Nun legt sie noch einmal nach. Wer eine Solar- oder Windanlage plant, soll sich ab 2017 in einem Bieterverfahren um den Zuschlag bewerben. Die ausgeschriebene Megawatt-Menge wird stark begrenzt, und nur der Preis gibt den Ausschlag. So kommt nicht mehr jeder zum Zuge. Auch ist die Höhe der Vergütung nicht von vornherein klar. Damit soll der Zubau besser gesteuert (= vermindert) werden: bloß nicht die 45 Prozent toppen! Falls Deutschland seine Klimaziele verfehlt, dann auch dieses Grenzwertes wegen.

Der geplante Systemwechsel birgt weitere Sprengkraft. Ein Blick ins Ausland zeigt: Wurden Anlagen ausgeschrieben, blieb ein Großteil unrealisiert. Es konnte weniger erneuerbare Energie gewonnen werden als vorgesehen, und das zu einem höheren Preis. Selbst wenn die Bundesregierung diese Probleme in den Griff

Jährlicher Zubau von Solaranlagen (in Gigawatt)



bekommt, hat sie bislang keine Antwort für die vielen kleinen Akteure, die Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften. Maßgeblich sie aber haben die deutsche Energiewende bisher vorangetrieben.

Das Wirtschaftsministerium gibt selbst zu, dass kleine Akteure die Risiken und Kosten einer Ausschreibung nicht tragen können. Sie würden faktisch kaltgestellt. Zwar will man Solaranlagen bis ein Megawatt von der Ausschreibung ausnehmen. Doch bei der Windkraft an Land – der bislang wichtigsten Quelle erneuerbarer Energie – weigert sich das Ministerium, Ausnahmen für kleine Akteure im Gesetz zu verankern. Zum Zuge kämen so nur noch finanzstarke Großinvestoren. Die zentrale Säule eines verbrauchsnahe und breit akzeptierten Ausbaus der Windkraft wäre zerstört.

Vielfalt erhalten!

Der BUND lehnt Ausschreibungen als Fördermodell für die Energiewende ab. Doch mindestens muss die Bundesregierung gewährleisten, dass die Windkraft weiter dynamisch ausgebaut werden kann und die Vielfalt der Akteure erhalten bleibt. Die EU erlaubt Anlagen bis sechs Megawatt oder sechs Anlagen insgesamt von der Ausschreibung zu befreien. Das muss die Bundesregierung ausschöpfen.

Das neue Gesetz soll bis zum Sommer verabschiedet werden. Der BUND will das Schlimmste verhindern und wird die Energiewende in Bürgerhand verteidigen.

Tina Löffelsend

... betreut die Energiepolitik des BUND in der Bundesgeschäftsstelle.



FW-Fotografie/pixello.de

Atomkraft muss Geschichte werden!

Vor 30 Jahren ereignete sich die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, vor fünf Jahren die Kernschmelze in Fukushima. Auch die noch aktiven acht deutschen Reaktoren bilden ein ständiges Risiko. Der BUND fordert sofort und endgültig aus der Atomkraft auszusteigen und dies im Grundgesetz festzuschreiben.

Am 26. April 1986 kam es zum bis dato schlimmsten Atomunfall: Eine Explosion im AKW Tschernobyl zerstörte die Schutzhülle von Block 4. Eine radioaktive Wolke breitete sich über ganz Europa aus, auch uns erreichten die Strahlen. Rund 40 000 Quadratkilometer wurden so stark verseucht, dass sie auf Jahrzehnte hin unbewohnbar und landwirtschaftlich nicht mehr zu nutzen sind. Etwa 50 000 der eingesetzten Hilfskräfte starben bis heute an der Verstrahlung.

Am 11. März 2011 bebte vor der Ostküste Japans die Erde und löste einen Tsunami aus. Es kam zur Kernschmelze in drei Blöcken und mehreren Wasserstoffexplosionen. Obst, Gemüse und Fleisch aus der Präfektur Fukushima wiesen rasch eine stark erhöhte Radioaktivität auf. In einem Radius von 30 Kilometern mussten alle Menschen ihre Heimat verlassen; sie werden wohl nie zurückkehren können. Hier ist gleichfalls mit vielen Tausend Krebsstoten zu rechnen.

In einem 2015 auch auf Deutsch erschienenen Buch beschreibt Japans damaliger Ministerpräsident Naoto Kan die dramatische Situation. Wie leicht hätte die Katastrophe noch viel verheerender ausfallen können!

Auch Deutschland betroffen

Die radioaktive Wolke von Tschernobyl erreichte vor allem den deutschen Süden. Milch und Gemüse waren kontaminiert, Wild und Pilze sind es teilweise noch heute. Auch die Gesundheitsschäden beschränkten sich nicht auf Osteuropa: Durch die Aufnahme von radioaktivem Jod trat besonders in Süddeutschland gehäuft Schilddrüsenkrebs auf. Das Umweltinstitut München rechnet mit rund 300 (zusätzlichen) Totgeburten infolge der Strahlenerhöhung im Frühjahr 1986. Diese direkte Betroffenheit hatte gesellschaftliche Folgen: Große Organisationen wie die IG Metall und die SPD sprachen sich klar für den Atomausstieg aus, wie seitdem eine stabile Mehrheit der Deutschen.

Von Fukushima war in Deutschland nichts zu spüren. Dennoch war das politische Echo enorm. Die Anti-Atom-Bewegung mit dem BUND konnte dank vieler großer und kleiner Demonstrationen den Atomausstieg durchsetzen und die erst im Jahr zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung wieder kippen.

Bei der Vorstellung seines Fukushima-Buches wird Naoto Kan flankiert vom BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger und dem bayerischen Landesbeauftragten Richard Mergner (rechts).

Weltweit wenig Perspektive

Die beiden Katastrophen beeinflussten auch den Ausbau der Atomkraft. Tschernobyl machte seiner Dynamik ein abruptes Ende. Und nach Fukushima ging die Zahl der weltweit betriebenen AKW deutlich zurück – vor allem durch das Aus vieler Reaktoren in Deutschland und Japan. In den nächsten Jahren sind viele altersbedingte Stilllegungen zu erwarten. Dagegen werden – mit Ausnahme Chinas – nur wenige Neubauten konkret geplant. Und die stoßen auf wachsende wirtschaftliche und technische Schwierigkeiten. So verzögert und verteuert sich ein im Bau befindliches AKW in Finnland kontinuierlich.

So werden Sie aktiv

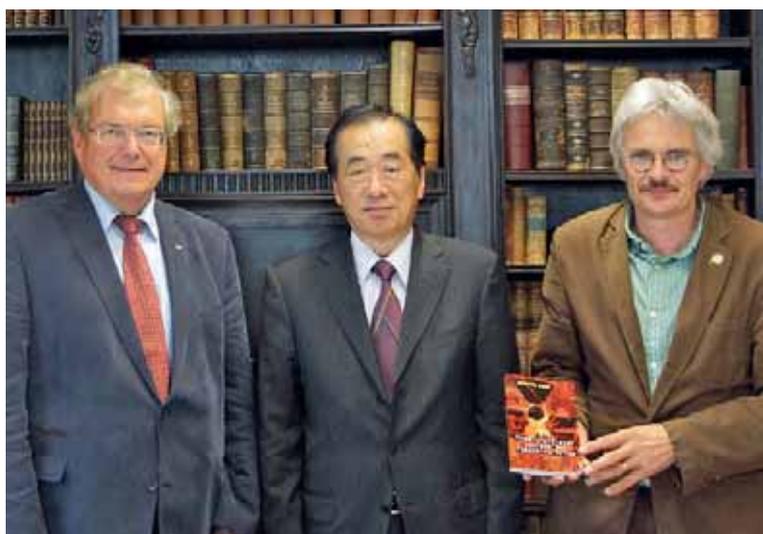
- Der BUND unterstützt den Kongress »5 Jahre Leben mit Fukushima – 30 Jahre Leben mit Tschernobyl« vom 26. bis 28. Februar in Berlin.
- Der BUND ruft am 6. März zu einer Demonstration vor dem AKW Neckarwestheim auf.
- Der BUND plant eine Veranstaltung mit Naoto Kan am 24. März in Berlin.

Edo Günther und Thorben Becker

Edo Günther ist Sprecher des Arbeitskreises Atom, Thorben Becker Atomexperte der Bundesgeschäftsstelle.

Mehr zu diesen und vielen weiteren Aktionen unter:

► www.bund.net/atom





Bunt wie immer: der Block der BUNDjugend. Hubert Weiger zählte zu den Hauptrednern.

Wir haben es satt!

Für eine andere Agrarpolitik

Auch zur jüngsten Grünen Woche demonstrierten wieder mehr als 20 000 Menschen in Berlin für eine bäuerliche Landwirtschaft. Über 50 BUND-Gruppen reisten aus ganz Deutschland an.

Angeführt von 130 Traktoren zog sich am 16. Januar ein buntes Fahnenmeer vom Potsdamer Platz zum Bundeskanzleramt. Dort hatten die Bauern zuvor eine Ladung frischen Mist abgekippt, um der Bundesregierung deutlich zu machen: »Eure Agrarpolitik ist Mist!« Denn die fördert durch falsche Anreize eine ungebremste und exportorientierte Massenproduktion.

Die DemonstrantInnen riefen die Politik auf, endlich die bäuerliche Landwirtschaft gezielter zu unterstützen. Statt Agrarkonzerne mit Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA zu hofieren, müsse sie weltweit faire Handelsbedingungen schaffen. Im Zentrum der Kritik standen die Missstände in der Tierhaltung.

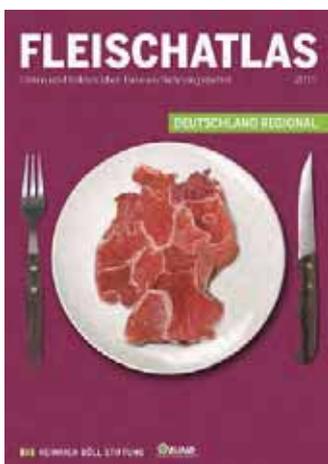
Spannende Daten und Fakten hatte hierzu der kurz vorher veröffentlichte neue Fleischatlas geliefert. Er nimmt erstmals die regionalen Besonderheiten der Fleischproduktion in den Bundesländern unter die Lupe.

Der BUND verweist darin etwa auf viele neu beantragte und genehmigte Megaställe für Schweine und Geflügel. Die Zahlen zeigen, dass das Ende der Fahnenstange in der Massentierhaltung noch nicht erreicht ist – trotz aller Umweltbelastung, Qualzucht und Überproduktion. Noch immer setzen die Tierhalter hier zu viele Antibiotika ein, noch immer überdüngen sie mit den Fäkalien der Tiere die Umgebung. Umso wichtiger

und erfreulicher, dass wieder so viele Tausend an der Agrardemo teilgenommen haben. Trotz mancher Entfolge – wie der Verhinderung von 30 Megamaställen allein 2014 – werden wir für die Agrarwende wohl noch öfter auf die Straße gehen müssen ...

Katrin Wenz

In Nordostdeutschland sind derzeit besonders viele neue Massentierhaltungen geplant. Der BUND hält dagegen.





Den weiten Weg aus Niederbayern trat diese BUND-Gruppe an, um in Berlin ein Verbot von Glyphosat zu fordern.

Systemrelevantes Pestizid?

Glyphosat verbieten!

Gärtner wenden es an und Kommunen, Landwirte versprühen es in großer Menge: das Totalherbizid Glyphosat, der meistgespritzte Unkrautkiller der Welt. Bald wird über seine Zulassung neu entschieden.

Für seine Hersteller bedeutet es ein Milliardengeschäft. Glyphosat ist auf Äckern und in Gewässern zu finden, es verringert die biologische Vielfalt, indem es Lebensräume und Nahrungsnetze zerstört. Und es gelangt über Nahrungsmittel auch in unseren Körper. Die Weltgesundheitsorganisation hat es im März 2015 als »wahrscheinlich krebserzeugend« eingestuft. Trotzdem wollen die EU-Behörden Glyphosat Mitte des Jahres für weitere 15 Jahre zulassen. Sie sehen keine Krebsgefahr und betrachten die Umweltrisiken als vertretbar. Warum befürworten die EU-Behörden, allen voran das deutsche Institut für Risikobewertung (BfR), eine Wiederzulassung, obwohl so viel für ein Verbot spricht?

Too big to fail?

Die plausibelste Erklärung lautet: Glyphosat ist »too big to fail«, es ist ein systemrelevantes Pestizid. Zu viele Interessen zu vieler wichtiger Akteure wären berührt, wenn die EU dem Stoff attestierte, Krebs auszulösen. Und folglich die Zulassung verweigern oder die Anwendung auf Europas Feldern drastisch einschränken würde. Ein Verbot würde das BfR als eine der einflussreichsten EU-Behörden brüskieren. Offenkundig wäre dann, dass das BfR nicht uns Verbraucher schützen wollte, sondern die Geschäfte der Pestizidhersteller.

Für Monsanto, den nach wie vor größten Produzenten von Glyphosat, wäre es das Ende seines Geschäftsmodells. Denn er erwirtschaftet etwa die Hälfte seines Umsatzes mit Glyphosat und dem dazu passenden gentechnisch veränderten Saatgut.

Hinzu käme: Der intensive Ackerbau mit seinem massiven Einsatz von Spritzmitteln verlöre mit Glyphosat sein wichtigstes Pestizid. Das an der industriellen Erzeugung ausgerichtete Landwirtschaftsmodell geriete weiter unter Druck. Und wir würden nicht nur über vertretbare Formen der Tierhaltung diskutieren, sondern auch über den Ackerbau.

Vorsorgeprinzip anwenden!

Die Forderung nach einer Agrarwende würde neu belebt und der Blick auf die Alternativen geschärft: Die Debatte um die überfällige Ökologisierung der Landwirtschaft erhielte neue Nahrung. Die Grenzwerte für Rückstände von Glyphosat in Kulturpflanzen kämen auf den Prüfstand, und so der Import von glyphosat-behandelten Pflanzen. Schließlich verlöre die Massentierhaltung ihren wichtigsten Rohstoff – glyphosat-resistente, gentechnisch veränderte Sojabohnen aus Nord- und Südamerika – und müsste auf andere Futtermittel umstellen.

Viele mächtige Akteure haben also viel zu verlieren. Entsprechend groß ist der Druck der Lobby. Der BUND hält dagegen: Glyphosat darf nicht erneut zugelassen werden! Agrarminister Schmidt muss vorsorglich für ein Glyphosatverbot auf EU-Ebene eintreten.

Heike Moldenhauer

Unterschreiben Sie unseren Appell an die Bundesregierung: ► www.bund.net/glyphosat. Hier finden Sie auch mehr zum laufenden Zulassungsverfahren.



Mehr Wasser!

Was steht auf dem Spiel, wenn die EU-Kommission wie geplant Hand an europäische Naturschutzstandards legt? Und welchen Schutz genießen die deutschen Gebiete im EU-Netzwerk »Natura 2000« derzeit? Ein Blick in das hessische FFH- und Vogelschutzgebiet Jägersburger und Gernsheimer Wald.



Auf Tausenden von Hektar stirbt im Hessischen Ried der Wald, mittendrin das europäische Schutzgebiet. Mit großem technischen Aufwand könnte man dem entgegensteuern. Noch dieses Jahr entscheidet sich, ob man auch will ...

Nutznießer des Niedergangs

Wichtigster Lebensraum in dem FFH- und Vogelschutzgebiet ist der Eichen-Hainbuchenwald. Nirgendwo sonst in Hessen wächst er in einer vergleichbaren Ausprägung. Seine biologische Vielfalt hat bundesweite Bedeutung.

Wie gut sich die Eiche hier von Natur aus gegen andere Laubbäume wie die Buche behaupten kann, ist umstritten. Als Lieferant von Viehfutter und gutem Holz hat sie der Mensch jahrhundertlang gefördert. Tatsache ist: Im Schutzgebiet stellt sie heute über die Hälfte aller Bäume. Noch – denn viele der Eichen sind inzwischen mehr tot als lebendig.

Auf etwa zehntausend Hektar gelten die Riedwälder als massiv geschädigt. So auch im FFH- und Vogelschutzgebiet. Zwar kommen die überall sterbenden Bäume vielen bedrohten Arten vorläufig ganz gelegen: Ob Heldbock und Hirschkäfer, Bechsteinfledermaus und Großes Mausohr oder Vögel wie Grau- und Mittelspecht, Wendehals und Hohltaube: Sie alle wissen die Fülle morschen Holzes, die Baumhöhlen und den Insektenreichtum zu nutzen.

Doch die Zukunft für den Eichen-Hainbuchenwald und seine Bewohner sieht düster aus. Mit etwa 80 Jahren beginnen die Eichen (und Buchen) im Ried sichtbar zu kränkeln. Die Borke reißt auf, Teile der Krone verkahlen. Lange, bevor die Bäume ihr natürliches Höchstalter erreichen, sterben sie langsam ab.

Verschlechterung verboten

Henner Gonnermann hat den Niedergang der Riedwälder von Beginn an miterlebt. 1970 übernahm er die Leitung des zuständigen Forstamtes Groß-Gerau, er kennt das europäische Schutzgebiet aus dem Effeff. Seit Jahrzehnten forderte der BUND-Aktive, den Wasserspiegel wieder aufs ursprüngliche Maß zu erhöhen. Nur so seien die wertvollen Eichenwälder zu retten.

Tatsächlich hat man bereits versucht, den Grundwasserstand unter dem Jägersburger und Gernsheimer Wald zu heben: Mit großem Aufwand pumpt der hiesige

Es begann mit einer dramatischen Fehleinschätzung: 1965 sank nach dem Bau mehrerer großer Wasserwerke der Spiegel des Grundwassers im Hessischen Ried um bis zu sechs Meter. Gutachter hatten dies zuvor ausgeschlossen. Torfböden sackten zusammen, Landwirte mussten ihre Bewirtschaftung ändern, an vielen Gebäuden traten Risse auf. Und ausgedehnte Feuchtwälder – bisher vom oberflächennahen Grundwasser versorgt – standen plötzlich im Trockenen. Zuerst starben die Erlen, später gerieten auch Eichen und Buchen stark unter Stress.

Doch so manch einer profitierte davon: Plötzlich konnten Bauern Land unter den Pflug nehmen, das für den Ackerbau bislang zu nass gewesen war. Und die Gemeinden ringsum freuten sich über zusätzlichen Baugrund für neue Siedlungen – ein hohes Gut im Ballungsraum südlich von Frankfurt! So wurden seit den 70er Jahren Tatsachen geschaffen. Tatsachen, die eine Rückkehr zum ursprünglichen Wasserspiegel auf großer Fläche praktisch ausschließen. Für den Jägersburger und Gernsheimer Wald ist das eine Katastrophe.

Mitten im Ballungsraum Rhein-Main-Neckar gelegen, von einer Autobahn gequert und trotzdem sehr artenreich – das europäische Schutzgebiet bei Gernsheim am Rhein. ►

Wasserverband aufbereitetes Rheinwasser über Fernleitungen in den Wald, wo es in den Boden infiltriert wird. Bis auf vier Meter Flurabstand wird das Grundwasser so wieder »aufgespiegelt«. Zu wenig, um dem Wald wirklich zu helfen.

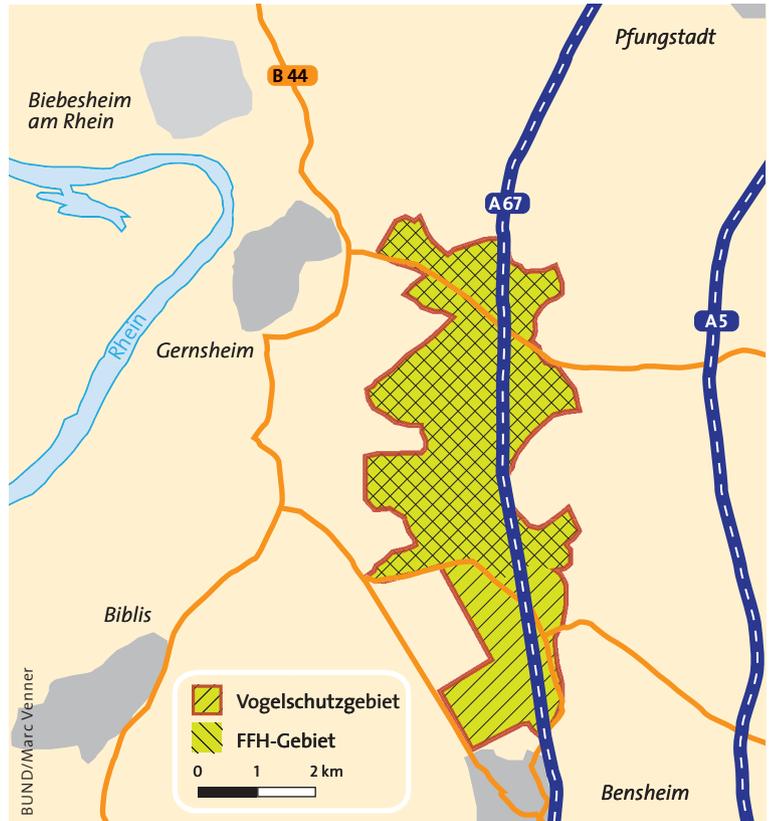
2004 wies Hessen über 1300 Hektar als FFH- und Vogelschutzgebiet aus. Seitdem gilt ein Verschlechterungsverbot: Der Wald darf nicht länger beeinträchtigt werden. Doch genau dies geschehe laufend, so Gonnermann: »Von Jahr zu Jahr gehen mehr Bäume ein. Und die Behörden wollen das nicht wahrhaben.«

Ewigkeitsaufgabe

Immerhin fanden alle Interessengruppen an einem runden Tisch zusammen, um die Grundwassersituation im Ried nachhaltig zu verbessern. Im Juni 2015 übergaben sie dem Landtag ihre einstimmige Empfehlung. Zum Schutz des wertvollen Waldes im FFH-Gebiet raten sie den Wasserspiegel (weiter) zu erhöhen. Noch mehr technisches Management soll gewährleisten, dass die umliegenden Wohngebiete und Ackerflächen nicht vernässen. Ein immenser Aufwand, verbunden mit hohen Kosten. Und eine Ewigkeitsaufgabe, wie Henner Gonnermann betont.

Dennoch hofft er, dass das Land dem Rat folgen und seiner Pflicht zur Sanierung der Riedwälder nachkommen wird. Für den BUND Hessen bleibt deren Rettung eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Zur Zeit klagt der Landesverband gegen die Verlängerung der Schöpfrechte des Wasserwerks Jägersburg – auf Basis einer anderen EU-Richtlinie mit »Verschlechterungsverbot«: der Wasserrahmenrichtlinie.

»Die Brüsseler Richtlinien wirken«, so Gonnermann. »Ohne sie würde hier gar nichts passieren, die Politik vor Ort bietet dem Naturschutz keine Unterstützung.«



Ein Beamter der zuständigen Landesbehörde schränkt jedoch ein: »Meines Wissens ist es noch nie gelungen, eine Fläche zu erhalten, wenn das politisch nicht gewollt war – und sei sie noch so schutzwürdig.«

Ein folgenschwerer Irrtum hat einer ganzen Region vor 50 Jahren das Wasser abgegraben. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die Politik bereit ist, diesen Schaden wenigstens teilweise wiedergutzumachen. So viel ist sicher: Ohne höheren Wasserstand wird der noch für 2016 angekündigte Bewirtschaftungsplan dem Eichenwald nicht mehr helfen können.

Severin Zillich



Der Jägersburger und Gernsheimer Wald zählt zu den bundesweiten »Hotspots« der biologischen Vielfalt. Hier leben Kammolch, Großer Eichenbock und Großes Mausohr – alle drei Arten sind laut europäischer FFH-Richtlinie besonders geschützt.



blickwinkel/J. Fieber (li), J. Teigler (m), M. Delpho (re)

Effizienter werden!

Bewusst und sparsam mit Energie umgehen, das ist eine der einfachsten und schnellsten Möglichkeiten, das Klima zu schützen. Und da muss nicht nur die Politik, da müssen wir alle in Deutschland viel mehr tun – wie wir nicht erst seit dem Weltklimagipfel in Paris wissen.



Im vergangenen Jahr stieg der deutsche Energieverbrauch um 1,3 Prozent. Damit sind wir von einer Trendwende weit entfernt. Privathaushalte benötigen rund ein Viertel der Endenergie. Mindestens ein Drittel dieses privaten Verbrauchs kann locker gespart werden. Werfen Sie also nicht länger Geld aus dem Fenster!

Stromfresser aufspüren

Haben Sie zu Jahresbeginn die Abrechnung Ihrer Energie- und Stromkosten erhalten? Das wäre eine gute Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme: Prüfen Sie systematisch, was Sie verbrauchen. Per »StromCheck« im Internet können Sie Ihre Daten relativ einfach analysieren lassen. Verbrauchen Sie eher viel oder wenig? Und wo können Sie konkret sparen? Für genaue Analysen empfiehlt sich eine Energiesparberatung – von der Caritas, den Energieagenturen oder Verbraucherzen-

tralen. Wer den Energiemonstern und Stromfressern lieber selbst auf den Pelz rückt, kauft sich ein Messgerät. Und kann damit versteckten Stand-by-Verbrauch aufspüren und beim Durchmessen der Haushaltsgeräte sein Bewusstsein schärfen.

Effizienzstars – und ein neues Label

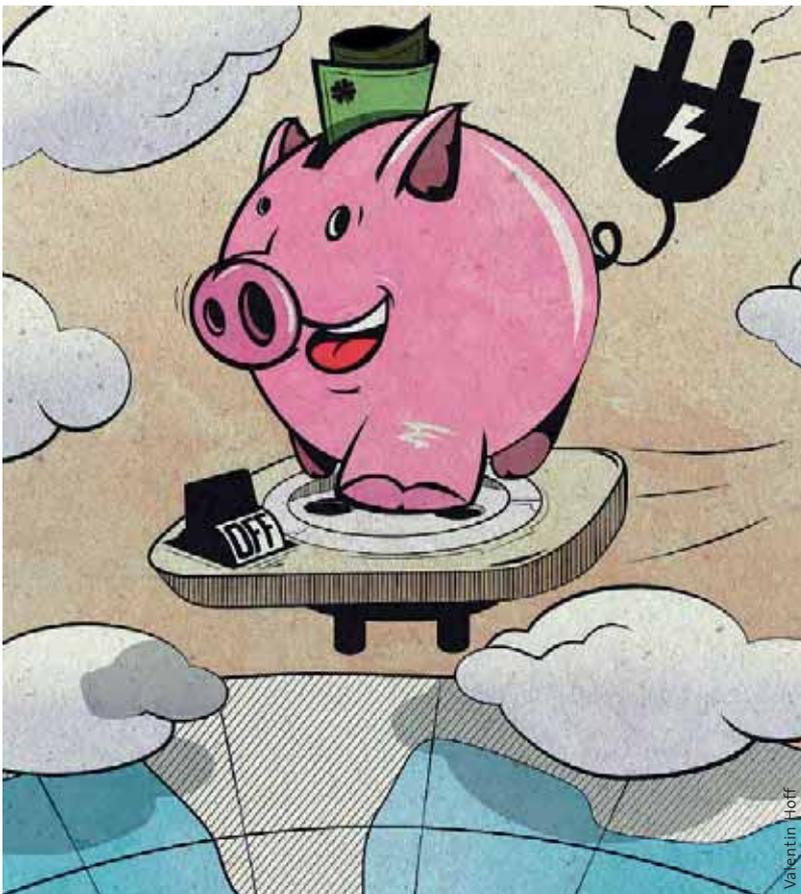
Sind Sie zum Ergebnis gekommen, dass der Neukauf einer Lampe, eines Kühlschranks oder anderer Haushaltsgeräte sinnvoll ist? Dann achten Sie unbedingt auf das Effizienzlabel oder Auszeichnungen wie den Blauen Engel. Und greifen Sie zu dem sparsamsten und umweltfreundlichsten Gerät! Übrigens ist die beste Effizienzklasse bei Kühlschränken eine andere als bei Staubsaugern oder Lampen.

Seit Januar gibt es zudem ein Label für alte Heizkessel. Ihr Schornsteinfeger oder Heizungsinstallateur wird es in den nächsten Jahren kostenlos ausstellen und anbringen. Bei einer Neuanschaffung sollten Sie natürlich ein Heizsystem mit Erneuerbaren wählen. Noch vor Kühlschrank & Co ist die Heizung Ihr größter Energieschlucker. Das neue Label informiert und motiviert. Mit ihm kommt die Energie- und Effizienzwende hoffentlich auch im Heizungskeller an.

Wie Sie Ihre Energie besser nutzen

- Lassen Sie sich kostenlos oder günstig beraten: z.B. online beim StromCheck (► www.die-stromsparinitiative.de) oder persönlich von der Caritas, von Energieagenturen (► www.stromspar-check.de) oder den Verbraucherzentralen (► www.verbraucherzentrale-energieberatung.de)
- Überprüfen Sie unter ► www.bund.net/energiespartipps gratis Kühlschrank, Pumpe & Co und eröffnen Sie hier Ihr persönliches BUND-Energiesparkonto.
- Strommessgeräte können Sie kostenlos bei den Verbraucherzentralen ausleihen, im Elektrofachhandel kosten sie etwa 15 Euro.
- Besonders effiziente Haushaltsgeräte empfiehlt das Öko-Institut: ► www.ecotopten.de
- Achten Sie beim Geräteneukauf auf das Energielabel. Eine aktuelle Übersicht der Effizienzklassen finden Sie als Einkaufshilfe auf unserer Seite ► www.bund.net/effizienzklassen
- Anregungen für ökologisches Bauen und Sanieren gibt das neue BUND-Jahrbuch: ► www.bund.net/bauen_und_renovieren

Robert Pörschmann, BUND-Projekt »Energieeffizienz«



Mehr als 2300 BUND-Gruppen sind vielfältig engagiert



Demo gegen Massentierhaltung



Streuobstwiese



BUNDjugend NRW



Exkursion Tügelbau



Demo für die Energiewende

Sie errichten Zäune für Amphibien, pflegen Streuobstwiesen, bieten Entdeckungstouren durch die heimische Natur für Jung und Alt oder initiieren Demos gegen eine geplante Massentierhaltung in der Region: BUND-Gruppen machen die Arbeit unseres Verbandes greifbar. Ihre Aktionen und Veranstaltungen verbinden aktive Mitglieder mit Leuten, die sich für den Umwelt- und Naturschutz begeistern.

Deshalb rufen wir dazu auf: Nutzen Sie dieses einmalige Potenzial und machen Sie aus Interessenten Ihrer Arbeit neue BUND-Mitglieder!

Jede Gruppe, die dieses Jahr zehn neue Mitglieder gewinnt, erhält einen 50 Euro-Gutschein für Werbematerial aus dem BUNDladen.

Außerdem erhält jede BUND-Gruppe den ersten Jahresbeitrag ihrer neu gewonnenen Mitglieder!

Vermerken Sie dazu bitte auf jedem Mitgliedsantrag gut leserlich den Namen Ihrer BUND-Gruppe.

Wir drücken Ihnen die Daumen und wünschen Ihrer Gruppe viel Erfolg und ein aktionsreiches Frühjahr!



Haben Sie noch Fragen?

Telefon: (030) 275 86-479,

E-Mail: mitgliederservice@bund.net

www.bund.net/gruppen_werben_mitglieder

bitte wenden →

Geworben durch BUND-Gruppe:

Antwort

**Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V.
Mitgliederverwaltung**

**Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin**



Delegiertenversammlung Sieg der Basisdemokratie

Das Impro-Theater »Frei.Wild« ▲ begeisterte die Delegierten. Ganz links: Hubert Weiger ehrte u.a. Ernst Paul Dörfler – für seine langjährigen Verdienste an der Elbe. Darunter Bundesgeschäftsführer Olaf Bandt bei seinem Bericht aus Berlin.

Mit Kälte und Schneeregen empfing Bad Hersfeld Ende November die über 140 Bundesdelegierten des BUND. Doch im Tagungshotel sollte es allen bald warm werden. Leidenschaftlich wurde über Inhalte diskutiert: Soll sich der BUND weiter an der Kommission »Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe« beteiligen? »Ja!«, meinten die Delegierten ganz überwiegend. Zum Leitantrag »Energie-wende« gab es so viele Wortmeldungen und Bitten um Ergänzung und Präzisierung, dass sich spontan eine Arbeitsgruppe gründete. Auch ihrer nächtlichen Formulierungskunst war es zu danken, dass der Antrag

am nächsten Morgen die erhoffte breite Mehrheit fand.

Phasenweise lag man deutlich hinter dem Zeitplan zurück. Doch je weiter die Uhr vorrückte, desto entschlossener waren die Delegierten, sich über jede Meinungsverschiedenheit hinweg zu verständigen. Und erzielten am Ende tatsächlich in allen Punkten hohe Einigkeit.

Der Vorsitzende Hubert Weiger wertete die Versammlung denn auch als Sieg der Basisdemokratie und großen Schritt in der Verbandsentwicklung. Claudia Bielfeldt, BUND-Vorsitzende in Schleswig-Holstein, freute sich, »dass wir uns die Zeit genommen haben, unsere

Weiterentwicklung zu diskutieren – das wollen wir jetzt ganz rasch auf Landesebene wiederholen!«

Freuen durften sich auch Schatzmeister Andreas Faehnsen-Thiebes und die Bundesgeschäftsstelle: Der Haushalt für 2016 wurde einstimmig und ohne Enthaltung angenommen. Zufrieden konnte nicht zuletzt die BUNDjugend sein: Sie wird künftig acht – statt vier – Delegierte stellen. Niko Hübner, einer der Initiatoren: »Schön, dass wir dank des einmütigen Votums mehr Möglichkeiten erhalten, unsere Ideen einzubringen!«

Alle Beschlüsse finden Sie unter
► www.bund.net/bdv2015

Vertrauen schaffen Gelebte Transparenz

Das Engagement des BUND für Umwelt- und Naturschutz ist gemeinnützig – und auf die Unterstützung vieler Menschen angewiesen. Nur so können wir unabhängig von Politik und Wirtschaft agieren. Dank der finanziellen Hilfe unserer Mitglieder und SpenderInnen (die oft auch ehrenamtlich in ihrer Ortsgruppe aktiv sind) kann der BUND viele bundesweite Projekte und Aktionen erfolgreich umsetzen.

Vertrauen ist dabei die wichtigste Währung. Vertrauen seitens derer,

die uns unterstützen und künftig gemeinsam mit uns Umwelt und Natur schützen wollen. Der BUND ist daher der »Initiative Transparente Zivilgesellschaft« beigetreten.

Was sollten gemeinnützige Organisationen von sich öffentlich machen? Dafür hat die Initiative einheitliche Standards entwickelt. So können Interessierte und potenzielle UnterstützerInnen nachvollziehen, welche Ziele eine Organisation verfolgt, wer sie finanziert und wofür sie das Geld verwendet.



Der BUND hat eine Selbstverpflichtung unterzeichnet und präsentiert seither online seine Satzung, seine Entscheidungsträger, Mittelherkunft und -verwendung sowie Angaben zur Organisationsstruktur. Informieren auch Sie sich unter ► www.bund.net/transparenz oder in unserem Jahresbericht: ► www.bund.net/jahresbericht

Sie haben noch Fragen? Almuth Wenta gibt Ihnen gerne Auskunft:
almuth.wenta@bund.net

Land voller Energie



Shell oder Total? Mit dieser Frage wird eine Weiße am Flughafen von Port Harcourt im Nigerdelta begrüßt. Andere Gründe, das drittgrößte Feuchtgebiet der Erde zu bereisen, können sich viele Nigerianer nicht vorstellen. 50 Jahre Ölausbeutung fordern ihren Tribut: Arbeitslosigkeit, Armut, Analphabetismus, Kriminalität, verseuchtes Trinkwasser und unfruchtbare Böden. Ein Teufelskreis, in dem alles irgendwie zusammenhängt und der schwer zu durchbrechen ist.

Mein Ziel ist die jährliche Energiekonferenz unseres »Friends of the Earth«-Partners »Environmental Rights Action«. Im November jährte sich der Todestag von Ken Saro-Wiwa zum 20. Mal. Mit acht Freunden wurde er 1995 wegen seines Widerstands gegen die Ölförderung im Ogoniland hingerichtet. Seitdem hat sich Shell hier zurückgezogen. Der erfolgreiche Protest der ermordeten Aktivisten gilt bis heute als Zeichen der Hoffnung.

Rohstoffe fürs Ausland

Hoffnung ist wichtig. Denn andernorts im Delta geht die Ölförderung weiter, noch immer auf Kosten der lokalen Bevölkerung. Undichte Ölleitungen führen zu Gasbränden, die die Luft verschmutzen – und verleiten dazu, sie illegal anzuzapfen. Shell sieht die Regierung in der Verantwortung, das zu verhindern, verstößt mit seiner Untätigkeit gegen nigerianisches Recht, wird aber nicht zum Handeln gezwungen.

Anlass der Proteste im Ogoniland waren Unmengen Rohöl, die in den 1990er Jahren das Delta vergifteten. Land und Wasser wurden unbrauchbar, Bäuerinnen und Fischer verloren ihre Lebensgrundlage. Bis heute ist das Gebiet nicht saniert. Betroffene werden nur teilweise entschädigt, nach teuren Gerichtsverfahren mit europäischer Unterstützung. Präsidenten kommen und gehen und liefern wenig mehr als leere Versprechen.

Mehr dazu unter ►
www.bund.net/shell

Eric Dooh klagt gegen Shell auf Schadenersatz und eine Sanierung seines Landes. Unten: An der Energiekonferenz nahm neben der Autorin (mitte) auch Jagoda Munic (rechts) teil, die Vorsitzende von Friends of the Earth International.

Nigeria ist reich an Rohstoffen wie Öl und Gas, Kautschuk, Bronze oder Mandeln. Güter für den Export. An den Tankstellen vor Ort gibt es Engpässe und kilometerlange Warteschlangen. 60 Prozent der Haushalte sind nicht an das (unzuverlässige) Stromnetz angeschlossen. Exportgewinne versickern bisher großteils im korrupten Verwaltungskoloss. Staatliche Bildung ist schlecht, wer Geld hat, schickt seine Kinder auf private Schulen. Arme Familien können sich Bücher und den Verzicht auf die Arbeitskraft ihrer Kinder nicht leisten.



Nigeria hat die Wahl

Seit November ist Präsident Muhammadu Buhari an der Macht. Er hat versprochen, Armut und Korruption zu bekämpfen und die Energieversorgung zu verbessern. Die Erwartungen der Bevölkerung sind gedämpft. Immerhin soll es ab diesem Jahr eine staatliche Sozialhilfe geben. Außerdem ist ein Beirat für die Säuberung des Ogonilandes gegründet worden.

Strom wird in Nigeria bislang vorwiegend aus Wasserkraft gewonnen – ein Erbe der britischen Kolonialherrschaft. Die Regierung will mehr Strom aus Kohle erzeugen. Die Energiekonferenz unserer Partner zielt auf andere Potenziale: Sonne, Energieeffizienz und viele ehrgeizige junge Menschen.

Umweltschutz und Menschenrechte sind nicht zu trennen. Unsere Partner werden die Konzerne weiter zur Verantwortung drängen – und Traditionen (wie das Kochen über offenem Feuer) hinterfragen, die eine nachhaltige Energienutzung erschweren. Nötig ist eine dezentrale Energieversorgung für alle: in einem Land, das jetzt die Wahl hat – und sich für zukunftsfähige Energie entscheiden kann.

Jutta Wieding

Mehr als der kleinste Nenner

» Die Diskrepanz zwischen dem in Paris vereinbarten Ziel und der Klimapolitik der Staaten ist riesig.« So kommentierte der BUND am 12. Dezember den neuen Klimavertrag. Verständlich, dass zum Ende der Konferenz Freude und Erleichterung überwogen. Hatten doch alle 195 Staaten dem neuen Vertrag zugestimmt. Und das, obwohl die Interessen kaum unterschiedlicher sein konnten: So drängten kleine Inselstaaten auf eine Erderwärmung von maximal 1,5 Grad, um den Anstieg des Meeresspiegels rasch zu bremsen. Aufstrebende Schwellenländer wie Indien wollen auch mit fossiler Energie ihre Wirtschaft fortentwickeln, das haben die Industrieländer schließlich auch getan. Und die Industrieländer wollen ihrer wohlhabenden Bevölkerung Einschnitte ersparen und verteidigen einen exorbitanten Ressourcenverbrauch.

Und doch lässt Paris ein wenig hoffen. Die kurz zuvor vom Terror getroffene Stadt sendete ein Signal des Aufbruchs aus: Die Staatengemeinschaft kann sich zusammenraufen, wenn es nötig wird, existenzielle Bedrohungen der irdischen Lebensgrundlagen ins Visier zu nehmen.

Nun ist Druck gefragt

1987 hat sie das schon einmal bewiesen: als sie in Montreal einen Produktionsstopp für jene Substanzen beschloss, die die Ozonschicht der Erde zerstörten. Die aber waren leichter zu ersetzen als heute die fossilen Energiequellen Kohle, Öl und Gas. Hier steht die Welt nun vor einer immensen Herausforderung.

Denn die Klimaschutzpläne, die über 180 Staaten vorgelegt haben, laufen auf eine Erwärmung von drei



All diese Interessen in einem globalen Klimavertrag vereint zu haben, war eine enorme Leistung. Und dass dies nicht nur auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners gelang, ist ein erster Schritt hin zu einer klima- und umweltschonenderen Weltwirtschaft.

Große Schlupflöcher

Hat nun am 12. Dezember eine neue Ära begonnen? Die Ära der »Dekarbonisierung« der Weltwirtschaft bis 2100, wie es sich die sieben größten Industriestaaten bei ihrem Frühjahrestreffen auf Schloss Elmau vorgenommen hatten? Wohl noch nicht – das Wort wurde denn auch aus dem Vertragsentwurf gestrichen. Stattdessen wird ab 2050 ein »Gleichgewicht« angestrebt – zwischen den vom Menschen verursachten Treibhausgasen und deren Bindung in sogenannten Senken.

Manche fassen dies auch in die Formel der »treibhausgas-neutralen« Wirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts. Das aber lässt riesige Schlupflöcher offen: sei es für die Atomkraft, die unterirdische Versenkung von Treibhausgasen oder andere Maßnahmen zur CO₂-Kompensation oder »Bereinigung«.

Grad hinaus. Und sie sind nicht einmal verbindlich: Wer sie nicht umsetzt, dem droht keine Strafe. Sie müssen daher so schnell wie möglich nachgebessert und auf nationaler Ebene verbindlich werden.

Gefordert ist auch die Bundesregierung: Sie muss in den nächsten 20 Jahren nicht nur den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren, hin zur Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie. Sie muss schon in den nächsten Jahren die überfällige Verkehrswende einleiten, die Landwirtschaft auf ökologische Anbaumethoden umstellen und die Energie in allen Bereichen effizienter nutzen. Sonst ist das Ziel, die Erwärmung der Erde unter zwei oder gar 1,5 Grad Celsius zu halten, schlicht illusorisch.

An diesem Ziel wird der BUND die Politik der Bundesregierung nun messen; und mit seinen Partnern der »Friends of the Earth« die Politik aller Staaten, die den neuen Klimavertrag unterzeichnet haben.

Ann-Kathrin Schneider

... begleitete den Klimagipfel als BUND-Expertin.

Zeichen setzen

Bei der Klimakonferenz in Paris zeigt die BUNDjugend mit kreativen Aktionen Flagge – trotz Terrorwarnung und Ausnahmezustand.



Wie ein Häufchen Elend sehen sie aus, die Eisbären. Mutlos sitzen sie auf dem Boden, lassen die Köpfe hängen. Kein Wunder, dass die Tiere in einem schlimmen Zustand sind: Sie sind obdachlose Klimaflüchtlinge. »Homeless« steht groß auf ihrem Schild.

Drei Aktivisten der BUNDjugend sind in Kostüme geschlüpft, um unweit des Eiffelturms Menschen zum Nachdenken anzuregen. Währenddessen verhandeln ein paar Kilometer außerhalb der Stadt die Unterhändler des UN-Gipfels ein globales Klimaabkommen. Das Bild der leidenden Eisbären soll auch die Kameras der Journalisten anlocken. Damit nicht nur die Lobby der Öl- und Kohlekonzerne in Paris Gehör findet, sondern auch die internationale Jugendbewegung gegen den Klimawandel. Und es klappt: Kasimir Buhr, Johannes Pietsch und Dominik Osbild bekommen viel Aufmerksamkeit – sie können ihre Forderung nach einem gerechten, verbindlichen Abkommen gut verbreiten.

Erschwerte Reiseplanung

Die Eisbären darsteller haben eine weite Anreise hinter sich: 20 bayerische BUNDjugendliche sind für ein Wochenende nach Paris gereist, um zum Abschluss der Klimakonferenz präsent zu sein. Sie haben ihr Hostel kurzerhand zur Kampagnenzentrale gemacht: In dessen winzigem Innenhof malen sie nun Schilder, die sie später bei einer Demo mit 20000 Teilnehmern zeigen werden. Schilder mit knackigen Botschaften wie »There is no Plan(et) B«, »One World, One Chance« und »Don't Play with our Future«.

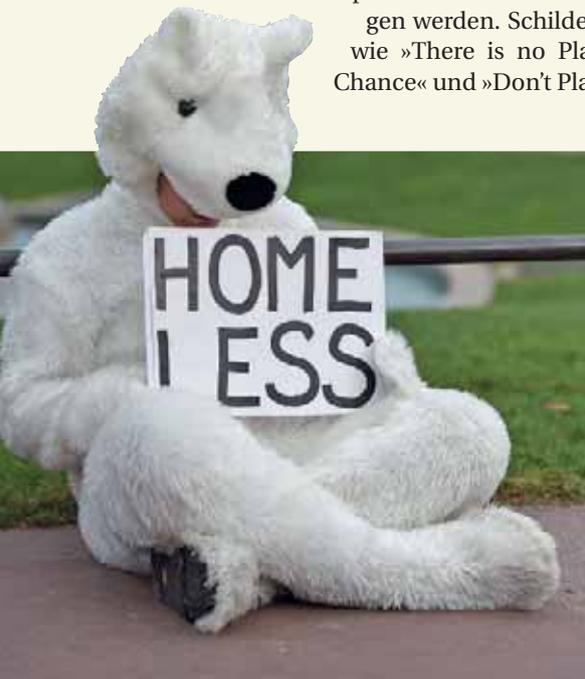
»Es war nicht einfach, diese Reise auf die Beine zu stellen. Aber ich bin froh, dass wir hier sind und uns engagieren«, meint Ruth Heeren vom Landesvorstand der bayerischen BUNDjugend. Nach den Anschlägen in Paris hatte die Regierung den Ausnahmezustand verhängt und alle größeren Menschenansammlungen verboten. Einige Jugendliche (oder deren Eltern) bekamen Bedenken und sagten ihre Fahrt nach Paris ab.

Kurz vor dem Start stellte sich zudem der Busvermieter quer und wollte seinen Chauffeur nicht mehr ins »gefährliche« Paris schicken. So musste sich Ruth Heeren um Minibusse und Fahrer kümmern. »Vor Ort sehen wir nun, dass die Lage entspannter ist als befürchtet«, erzählt sie. »Es gibt Raum für Aktionen wie unsere Performance mit den Eisbären. Und die Polizei kümmert sich überall um Sicherheit.«

Flagge zeigen

»Klar war es schwer zu entscheiden, ob wir die Reise durchziehen oder lieber absagen«, so Dominik Osbild. »Für mich aber war nach den Anschlägen klar: Ich will hier trotzdem Flagge zeigen. Es geht ja auch um die Demokratie: Trotz der Bedrohung durch den Terrorismus muss es doch weiter möglich sein, dass wir unsere Meinung sagen und auf die Straße gehen. Ich bin jetzt auch stellvertretend für all die hergefahren, die verständlicherweise zu Hause bleiben wollten.«

Viele Landesverbände der BUNDjugend hatten ihre Reisebusse nach den Anschlägen storniert. Nicht so in Nordrhein-Westfalen: »Wir sind mit 45 Leuten hier«,





berichtet die Jugendbildungsreferentin Marie Joram. In Kleingruppen verteilen sie sich am Samstagmorgen über die Stadt, um an vorher genau festgelegten Stellen ein Foto ihrer Gruppe zu schießen und hochzuladen. Über 3000 Engagierte aus aller Herren Länder machen bei der Aktion mit. Aus tausend Geopunkten entsteht so online der Slogan »Climate, Justice, Peace«, quer über den virtuellen Stadtplan von Paris. Ein kreativer Ersatz für die vielen Aktionen, die aus Sicherheitsgründen nicht stattfinden durften.

Teil einer Bewegung

Manche BUNDjugendliche sind den kompletten Klimagipfel über in Paris präsent, auf dem Konferenzgelände und in der Stadt. »Jeden Tag steht etwas an: Wir haben zum Beispiel mit einem Sketch dargestellt, wie die Staatschefs der reichen Länder unsere Zukunft verspielen und ihre historische Verantwortung nicht wahrnehmen«, erzählt Toril Meyer-Gerlt aus Würzburg. Maria Kaiser von der BUNDjugend Niedersachsen trifft die Vertreter der deutschen Delegation, tauscht sich aber auch mit indigenen Frauenrechtlerinnen aus Peru aus

und mobilisiert für ein Konzert gegen Greenwashing der Industrie.

»Ist man bei den Verhandlungen akkreditiert, kann man Infos über den Stand der Debatte nach draußen tragen. Gleichzeitig kann man denen, die für mehr Klimaschutz kämpfen, mit Aktionen den Rücken stärken«, so Andreas Link vom BUNDjugend-Vorstand, der ebenfalls mit dabei ist. »Nach der letzten Klimakonferenz in Kopenhagen waren am Ende alle frustriert. Hier in Paris sieht es anders aus: Wir wissen, dass kein Abkommen so gut und gerecht sein wird, dass wir uns nicht zu Hause weiter einsetzen müssen.«

Ein Abend dient den »Young Friends of the Earth Europe« dazu, sich zu vernetzen. Die Aktiven der Dachorganisation der BUNDjugend sprechen über mögliche Kampagnen, geben sich Tipps für Aktionen und bieten sich als Mentoren an. »Es ist ein tolles Gefühl, Teil einer großen Bewegung zu sein und so viele Leute zu treffen, die sich für die gleichen Sachen einsetzen«, sagt Marie Joram. »Ganz Paris scheint voller Klimaschützer zu sein: Das gibt uns allen sehr viel neue Energie!«

Helge Bendl (Text und Fotos)



Kein Essen wegwerfen!

Jedes Jahr werden in Deutschland bis zu 20 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Essen, das die Mindesthaltbarkeit meist nicht einmal überschritten hat und für den Verzehr noch bestens geeignet ist. Ab in die Tonne. Wertvolle Ressourcen wie Wasser und Energie, die für die Herstellung und den Transport der Lebensmittel nötig sind, werden so sinnlos verschleudert. Zudem stammt ein Drittel der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft. Sollen wir dem tatenlos zusehen? Nein! – sagen die BUNDjugend und die Aktivist*innen der Kampagne »Leere Tonne«. Rettet mit uns Lebensmittel – unter ► www.leeretonne.de



Wir reisen nach Bulgarien

Vom 11. bis 15. April werden wir im Rahmen unseres Projekts »KonsUmdenken« nach Bulgarien reisen. Neben dem Besuch alternativer Projekte in der Hauptstadt Sofia wollen wir ein paar Tage in den Bergen verbringen und uns intensiv mit nachhaltigem Konsum auseinandersetzen. Um den Austausch mit allen Teilnehmer*innen vorzubereiten, bieten wir vom 4. bis 6. März bei Berlin einen Workshop an. Neben der inhaltlichen Weiterbildung erlernen wir Skills zur Seminararbeit (Moderation, Arbeiten im Team, Gestaltung von Seminareinheiten etc.). Bei Fragen zum internationalen Austausch meldet euch gerne bei Caspar: caspar.klein@bundjugend.de

► www.bundjugend.de

Marktplatz

Ferien

Deutschland

Ostseenehe in Holstein

FeWos auf Bauernhof in ruhiger Lage. Spielgeräte, Sauna, Pferd, Ponys, Hühner, Hund. **T (0 43 65) 75 82**
www.langenfelder.de/hof-suedblick

RÜGEN für Naturfreunde!

Ferienhaus + FeWos in traumhafter Lage im Biosphärenreservat nahe Putbus + Bodden. **T (0 33 83 01) 8 83 24**
www.in-den-goorwiesen.de

Harzhaus-Brockenblick

Ein besonderes Ferienhaus, wunderschöne Lage in Sorge mitten in der Natur. Wohnung Eule 2–6 Pers. (NR), **T (0 40) 73 50 90 61**
www.Harzhaus-Brockenblick.de

HISTOR. BACKHAUS

als Fe.-Haus im Hunsrück, Moselnähe, behagliche Einrichtung, idyll. Alleinlage, Bach, Wiesen, Wald, Tiere., **T (0 65 43) 97 55**
www.bleesmuehle.de

Nordsee, Dithmarschen,

stilvolles NR FeHa »Am Vogelberg« aus 19. Jhd., aufwendig renoviert, 2–8 Pers., ab 74 Euro/Tag, **T (0 48 32) 62 25**
www.meine-nordsee.de

Amrum

komfort. NR-FeWo für 2 Pers, ruhige Lage Wittdün, k. Haustiere, allerg.freundl., Terrasse, nahe Kniepsand und Watt, **T (0 40) 64 08 92 84**
www.amrum.FeWo-möwe.de

Urlaub- Seminar-Gruppen-Wellness

Seminarhaus, Ferienhaus/-wohnung, Gruppenhaus, Familientreffen u.v.m im schönen Lipperland Massagen, Qi Gong/ Yoga buchbar. **T (0 52 35) 16 28**, www.Galota-Hang.de

Urlaub im alten Apfelgarten in Ostseenehe

Fewo und -haus bis 10 Pers. am Obstmuseum und Naturschutzgebiet **T (0 46 35) 27 45**
www.urlaub-im-alten-apfelgarten.de

ÖkoFeHaus Müritz

Nähe Nationalpark mit 4 gemütl. Wohnungen mit je 2 SZ. gro. Garten, Sauna, Fahrr., ab 325 €/Wo **T (0 56 08) 43 66**
www.mueritz-haus.de

Frankreich

Süd-Frankreich,

Süd-Ardeche, Paradies für Mensch u. Tier, im komf. u. gemütl. Natursteinhaus mit gr. Garten am Badefluss, abs. ruhig, Kanus, Räder u. Reitmögl., Pool
T (00 33) 4 75 94 95 51, www.lesvans.de

www.ferienhaus-roussillon.de

Pyrenäen und Mittelmeer, Landhaus mit Pool, Panoramablick, Kultur und Wandern in Frankreich und Spanien. **T (0 62 51) 6 99 82**
www.ferienhaus-roussillon.de

Weltnaturerbe Süd-Cevennen

Wandern, Klettern, Biken, Baden, Orchideen bewundern, Geier beobachten. Apartment für 2 (max 3) Personen 240/270 €/Woche **T (01 71) 5 45 93 17**, www.gangesherault.eu

Griechenland

Urlaubs-idee 2016 Wanderreisen

Kreta-Sfakia 14.05.–28.5.2015, Ohrid Prespasen 28.5.–11.6.16, Santorin, Folegandros, Ios 19.9.–3.10.16 Mit Bundmitglied Hermann Richter **T (0 61 20) 86 51**
www.inselwandern-hermann.de

Ursprüngliches Griechenland!

Sonne! Traumhaus am Meer! Natur pur! Mäni/Südpeloponnes. Ganzjahresziel! Baden, Wandern, Reiten mgl.! 2 komf. FeWo, je 2–8 P. **T (01 77) 3 02 14 76**
martin.senf@web.de

Italien

CINQUE TERRE – WANDERN & MEER

FeWo. mit Terrasse, traumhafter Meerblick. Idealer Ausgangspunkt zum Wandern + Schwimmen. Info: **T (00 39) 3 35 68 715 76**, www.arucca.com

Ortasee/Norditalien:

Genießen, wandern, dolce vita... Priv. FeWo's f. 2–6 P. 290-660,- €/Wo. An NR. Hunde willk. **T (+41 79) 2 08 98 02**
www.ortasee.info

TOSKANA-MEER

Naturstein-Ferienhäuser für 2–6 Pers. sowie FeWo/Pool, herrl. Meerblick, malerische Bergdörfer, Sandstrände an Pinienwäldern **T (0 86 62) 99 13**
www.toscana-mare.de

Inmitten ursprünglicher Natur

von BUND Mtgl. 2 rusticale FeWo's in der Toskana für 6 bzw. 8 Pers. Natursteinhaus auf Ausläufer der Küstenberge, kein Tourismustrubel, dafür seltene Pflanzen und Tiere. Sicht auf Insel Elba. **T (0 17 11) 44 49 32**
heivoruta-serretto@online.de

Österreich

Auszeit am Millstätter See

100 m über dem glitzernden Wasser, Ruhelage am Wald: 2 moderne Fewos mit traumhaftem Panoramablick; Wanderwege vom Haus; Strandbad & Badehaus fußläufig; im Winter Ski; Yoga-Studio im Haus; spez. Yogawochen zum Herbst, Jahreswechsel, Fasching & Ostern: **T (00 43(0)6 64) 2 83 68 97**
www.fewo-weinleiten.at & www.yoga-weinleiten.at

Sibirien

Sibirien, Kasachstan, Kirgisien

Tadshikistan. Exkursionen mit folgenden Themen: Fauna, Flora, Geologie, Land- und Forstwirtschaft, Land & Leute, Wandern, m.tschirnhaus@uni-bielefeld.de

Spanien

Andalusien

Kl. Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturpark Axarquía bietet Ruhe und Erholung, für Wanderer ein Paradies. www.la-ruca.de, **T (0 51 71) 1 63 43**

Suche

Ehrenamtl. Helfer/in

gesucht für Museum, Insel Fehmarn von Mai–Okt., Kost + Logis frei. Schwerpunkte: Museumsbetreuung & Café **T (0 43 71) 12 30**

Waldkindergarten sucht

3 Erzieher/innen in der Dorfgemeinschaft Klein Hundorf (MV). Nähere Infos unter: www.klein-hundorf.de/wordpress/waldkindergarten

Zaunkönigkugel

Nr. 22 131-A
36,90 EUR

Meisenresidenz

Nr. 22 128
40,95 EUR
www.bundladen.de

Marktplatz



Verschiedenes

Überleben Tiere den Tod?

Was aus ihrem Ich (der Seele) wird, erzählt der Prophet Jakob Lorber! Kostenl. Buch unverbindlich anfordern bei **Helmut Betsch, Bleiche 22/30, 74343 Sachsenheim**

www.Gleichklang.de:

Hier finden umweltbewegte Menschen Partnerschaft und Freundschaft – sei dabei und sag es weiter!

BIO Saatgut

aus eigenem Anbau. Gemüse, Kräuter, histor. Tomaten, Heil-, Färbe- und Hexenpflanzen. Liste kostenlos per Mail lang.wolfegg@freenet.de

Verkauf

Schönes Bürgerhaus Lenzen/Elbe

Hist. Stadtkern, Fachw., san., 3Whg., 200 qm, Dachatelierwhg., (Sauna), Biosph.-Res., VB 139.000 €
T (03 87 92) 5 06 54

Zwei schöne Wohnungen

ab 19.900 € im Bayerischen Wald in herrlich gelegener www.Villa-Guthshof.de zu verkaufen. (Bj 1996, 25 qm bzw 40 qm). T (0 99 21) 30 51
t.kopp@me.com

Resthof in ruhiger Lage

in Ostholstein, 6 km zur Ostsee, 5 Whg., ca. 400 qm Wfl., 5.600 qm Grundstück. Preis: 650.000 Euro VB
T (0 43 65) 75 82

TEICHFOLIEN

direkt vom Hersteller

in vielen Farben, Stärken, Materialien und individuellen Abmessungen
Vliese • Pumpen • Zubehör
www.teichpartner.de
Telefon: 07946/942777

Hochgras - Mäher

Kreisel- oder Mulchmäher für Streuobstwiesen, Biotop- und Landschaftspflege. bis 120cm
Viele Modelle
ab **945.- €** + MwSt.
www.vielitz.de Qualität seit 1959
Tel.: 0421-633025 E-Mail: info@vielitz.de

www.fahrrad-und-reisen.de

Per Hausboot und Rad
Rad & Schiff, Aktiv-Resort
Tel.: 07154/131830

Zwei-Generationen-Fehnhaus Nähe Nordsee

auf 21.800 qm uneinsehbares Areal. Nebengebäude: Doppelgarage, Werkstatt, Gewächshaus autom. gesteuert, Blockhaus. Ca. 10.000 qm angelegt als Bio-Gemüsegarten (Bauerngarten), Beeren-/Obstgarten, Rosengarten mit Pavillon, Asiatischer Garten mit Teehäuschen, großem Teich und Bachlauf, Wäldchen, mehrere Rhododentenhaine. Ca. 11.800 qm Bio-Grünland für Tierhaltung. Preis: 379.000 Euro.
Mail h.rued@freenet.de
T (0 49 56) 40 57 00



Mit dem Kauf und der Nutzung der Wildcard unterstützen Sie das Wildkatzenprojekt des BUND.

www.bund.net/wildcard

BUNDservice · N & U GmbH · Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin



BEGEHEN & ERFAHREN

Bildungsreisen der Heinrich Böll Stiftung NRW

Copenhagenize! • 3 Länder,
2 Räder, 1 Fluss • GrenzGänge XXII •
Brüssel, Eifel, Freiburg • uvm.

- ✓ Neue attraktive Sparpreise v.a. für Studenten und Auszubildende
- ✓ Inhalte rund um Politische Geschichte, Ökologie und Zeitgeschehen

mehr Infos auf boell-nrw.de

Heinrich Böll Stiftung NRW



FÜR STADTBIENEN
BEEbags
15,95 EUR



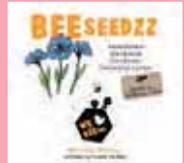
Vogelstimmenuhr
69,90 EUR



Clatschmohn



Ringelblume



Kornblume

Samentüte
BEEseedzz
3,95 EUR

BUNDladen
Schönes kaufen, Gutes tun!

www.bundladen.de
bestellung@bundladen.de
T (0 30) 2 75 86-4 80

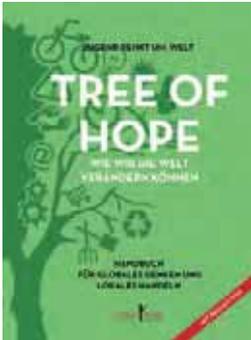
Offen optimistisch

Wie können wir die Welt verändern? Antworten für Jugendliche gibt das neue Handbuch »Tree of Hope«. Auf üppigen 672 Seiten liefert es einen Werkzeugkasten, um umweltpolitisch aktiv zu werden. Viele kleine Artikel, Bildstories und Interviews stellen uns die Arbeit der Initiative »Youthinkgreen – Jugend denkt um.welt« vor. Junge Menschen aus aller Welt präsentieren ihre Projekte und erzählen, warum sie sich engagieren.

Ob die Abholzung des Regenwalds, die Versauerung der Meere oder die Klimafucht – an Herausforderungen fehlt es nicht. Mithilfe von Experten zeigt das Buch, wie gegenwärtig Umweltzerstörung und Klimawandel sind. Doch nie droht uns LeserInnen die Schockstarre: Denn gleich folgen Handlungsoptionen, wie

es anders gehen kann. So werden neue Gesellschafts- und Wirtschaftsweisen analysiert und kritisch hinterfragt, dazu Lösungsansätze bekannter Namen wie Alberto Acosta oder Christian Felber. Konträre Sichtweisen sind einander überzeugend gegenübergestellt.

Meist sind Autorinnen oder Interviewer selbst im Jugendalter. So taucht man in die Welt des jungen Engagements und bekommt selbst Lust, aktiv zu werden. Ein tolles Handwerkszeug bieten kleine Projektwerkstätten und Tipps zu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Vor allem der offene Optimismus überzeugt: Indem »Tree of Hope« die Zukunft als Gestaltungsspielraum präsentiert, verströmt es eine positive Grundhaltung. Lassen auch Sie sich von den vielen Projektideen inspirieren!



Tree of Hope – Wie wir die Welt verändern können, 2015. 672 Seiten, 29,90 €, Kellner

Vom Wundermittel zum Albtraum

Radioaktivität als Wundermittel: um Ziffern von Armbanduhren zum Leuchten zu bringen, landwirtschaftliche Erträge zu steigern und vor allem große Mengen »billige« Energie zu produzieren. In ihrem Buch »Die strahlende Wahrheit – Vom Wesen der Atomkraft« beschreiben Martin Arnold und Urs Fitze die Hoffnungen und Vorstellungen, die Menschen an Radioaktivität und Atomkraft seit deren Entdeckung und Entwicklung knüpfen.

Dem gegenüber stellen sie Fakten zu Strahlentopfern und Atomunfällen sowie die unge-

klärte Endlagerfrage. Das Buch ist ein guter Rundumschlag, in dem historische Tatsachen, aktuelle Entwicklungen und technisch-wissenschaftliche Erläuterungen zum Wesen der Atomkraft nachvollziehbar und verständlich aufbereitet sind. Dabei ergänzen die Autoren ihre Beiträge immer wieder mit Zitaten – von Befürwortern wie Gegnern der Atomkraft.

Diese Neuerscheinung stimmt angenehm nachdenklich, verzichtet auf Populismus und weiß die verschiedenen Facetten des Themas differenziert zu beleuchten.



M. Arnold, U. Fitze: Die strahlende Wahrheit – Vom Wesen der Atomkraft, 2015. 328 S., 36 €, rüffer & rub

Ökodorf auf dem Prüfstand

Viele Menschen träumen von einem anderen Leben. Jenseits von Hektik und Stress, in einer Gemeinschaft, in der soziale und ökologische Werte aktiv gelebt werden. Bleibt doch für manch Wesentliches heute wenig Zeit und Muße. Zudem ist unser Hunger nach Energie, Rohstoffen und Naturgütern nicht mehr nachhaltig zu stillen. Unser Konsumniveau führt in eine ökologische Sackgasse.

Anfang der 90er gründete eine kleine Gruppe im Kreis Salzwedel (Sachsen-Anhalt) das Ökodorf »Sieben Linden«. Hier sollten Arbeit und Freizeit, Ökonomie und Ökologie, Individuum und Gemeinschaft, weltoffene und dörfliche Kultur zum Gleichgewicht finden.

140 Menschen wohnen heute in dem Dorf, das Teil des »Global Ecovillage Network« ist.

Marcus Andreas hat untersucht, ob die Utopie eines »neuen guten Lebens« wahr geworden ist. Welche Erfolge gab es, welche Hindernisse? Was können uns – ganz praktisch – die Erfahrungen der Dorfbewohner lehren? Er stellt spannende Fragen und gibt uns Einblicke in einen interessanten Mikrokosmos. Sein Buch basiert auf einer ethnologischen Dissertation und ist doch gut lesbar: dank seines anschaulichen Stils und vieler Beispiele. Eine aufschlussreiche Lektüre für alle, die wissen wollen, wie sich ein nachhaltige(re)s Leben konkret umsetzen lässt.



M. Andreas: Vom neuen guten Leben – Ethnographie eines Ökodorfes, 2015. 306 S., 24,99 €, transcript

Es werde Licht

Ein immer exklusiverer Kreis von Akteuren beeinflusst im Hintergrund die Gesetzgebung und politische Entscheidungen. Und das nicht nur in den USA, sondern zunehmend auch bei uns: Über 5000 Lobbyisten arbeiten derzeit in Berlin für finanzstarke Unternehmen, so der Verein LobbyControl. Ihr Auftrag: Medien, Öffentlichkeit und vor allem PolitikerInnen auf ihre Seite zu bringen.

Grund genug für LobbyControl, ihren Reiseführer durch Berlins »Lobbydschungel« neu aufzulegen.

LobbyPlanet Berlin – Der Reiseführer durch den Lobbydschungel, 2015. 324 Seiten, 10 €, LobbyControl

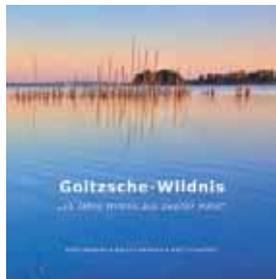
Auf Stadtspaziergängen werden die wichtigsten Lobbyisten vorgestellt. Etwa der Verband der Automobilindustrie in der Behrenstraße mit Ex-Verkehrsminister Wissmann an der Spitze. Dank seiner Briefe an Merkel & Co gelten Limousinen heute als ebenso CO₂-effizient wie Kleinwagen. Es werde Licht im Dunkel der Hinterzimmer!



Wildnis aus zweiter Hand

Ein neuer Bildband begleitet Sie durch die Wildnis der BUNDstiftung in der Goitzsche bei Bitterfeld. Das einst vom Tagebau zerstörte Land ist für viele Tiere und Pflanzen zum Refugium geworden. In den Gruben sind Seen mit reicher Lebenswelt entstanden. Auf den Halden gedeihen Sandtrockenrasen und lichte Birkenwälder – eine Wildnis aus zweiter Hand. See- und Fischadler nisten hier, auch Biber und Otter sind heimisch. Die tollen Naturfotos

zum 15. Jahrestag des BUND-Projekts belegen die Vielfalt der Goitzsche. Und zeugen von der Gewalt zweier Jahrhundertfluten. Ein Wunder, was geschieht, wenn die Natur wieder Natur sein darf!



Falko und Heidrun Heidecke, Katja Lindemann: Goitzsche-Wildnis, 2015. 112 Seiten, 15 € + 3,50 € Porto, BUNDstiftung. Bestellung: info@goitzsche-wildnis.de

Besser kochen

Erstmals 2009 erschienen, ist das Klimakochbuch nun in aktualisierter Form in den Buchhandel zurückgekehrt. Entstanden ist die gelungene Mischung aus Sach- und Kochbuch im Rahmen eines Projekts der BUNDjugend. Und wurde gründlich überarbeitet: Fünf neue Rezepte, neue Artikel und Tipps, ein generalüberholtes Zahlenwerk und ein Vorwort der Bundesumweltministerin erwarten die LeserInnen.

Unsere Ernährungsgewohnheiten erhitzen die Atmosphäre stärker als

etwa der Straßen- und Flugverkehr. Doch statt auf den erhobenen Zeigefinger setzt dieses Kochbuch auf Genuss und Begeisterung. Bei den 55 Rezepten ist von Fleischgerichten bis zu vegetarischen und veganen Alternativen für jeden etwas dabei. Erfahren Sie, wie kulinarischer Klimaschutz geht.



Das Klimakochbuch, 2016. 128 S., 16,99 €, Kosmos. Bezug: ► www.bundladen.de/klimakochbuch

Schmelzfeuer®

Die windsichere Gartenfackel zum Kerzenrecyclen



Neues Licht aus alten Kerzen

Zu bestellen bei www.bundladen.de

Katalog und Bestellung:
Tel. 09563-2028
www.denk-keramik.de

DENK

Einzigartige Keramik seit 1964

HANDMADE in Germany

artgerechte nachhaltige
Vogelnisthöhlen
Fledermaushöhlen
Igelkuppeln
Vogelfuttersäulen

kostenlosen Katalog anfordern

erhältlich auch im BUNDladen

SCHWEGLER
www.schwegler-natur.de

Schwegler Vogel- u. Naturschutzprodukte GmbH
Heinkelstraße 35 D- 73614 Schorndorf
fon +49 7181 97745-0 fax +49 7181 97745-49

Weitererzählen wirkt!



Kira Szalinsky engagiert sich in der BUNDjugend. Die 17-Jährige lebt in Neukirchen-Vluyn am Rand des Ruhrgebiets und macht demnächst ihr Abitur. Zum Weltklimagipfel reiste sie nach Paris, nebenbei leitet sie einen Jugendchor. Zuletzt überredete sie ihre Familie, Ökostrom zu beziehen.

Wie kamst du zur BUNDjugend, Kira?

Zwei meiner Freundinnen waren schon vor mir dabei. Die haben mir immer von Aktionen und Treffen erzählt und Fotos gezeigt. Ich fand Tiere schon immer toll, und als sie mich – vor drei Jahren ungefähr – fragten, ob ich bei einer Aktion gegen Massentierhaltung mitmachen wolle, sagte ich ja. Ich fand die Atmosphäre total cool und war beeindruckt, wie viel die Leute wussten und wie sehr sie sich für das einsetzten, was sie für richtig und wichtig halten. Nach einem Jahr Schüleraustausch in den USA fing das dann mit mir und der BUNDjugend so richtig an.

Du bist rasch im Vorstand gelandet ...

Ja – Ende 2014 nahm ich an dem Workshop »Wie geht Energiewende?« teil, und kurz darauf fuhr ich mit nach Berlin, zu der Demo »Wir haben es satt«. Als ich mitbekam, dass viele aus dem alten Vorstand aufhören werden, wollte ich dazu beitragen, dass unsere Arbeit weitergeht. So bin ich da hineingerutscht.

Auf der Homepage der BUNDjugend NRW hast du »Postwachstum« als Schwerpunkt angegeben.

Ja, weil dieses Thema doch auf alle anderen Umweltthemen übergreift. Ich sehe ein großes Problem darin, dass die Politik ständig auf wirtschaftliches Wachstum zielt. Dabei ist doch offensichtlich: Wächst man immer weiter, gibt es irgendwann nichts mehr, wovon man sich ernähren kann. Ich finde es schrecklich, dass unsere Gesellschaft und wir alle so auf Wachstum fixiert und so konsumorientiert sind.

Auch in mir ist das tief verankert. Ich halte das aber für veränderbar: Neulich hatte ich ein kleines Schlüsselerslebnis, es ging darum, eine neue Winterjacke zu kaufen. Eigentlich hatte ich noch eine, etwas ältere, aber sie passte noch. Plötzlich war ich in einem Gewissenskonflikt. Ich habe mir dann vorgenommen, künftig nur noch Kleidung zu kaufen, deren Herkunft ich kenne, sozial wie ökologisch.

Was möchtest du in der BUNDjugend erreichen?

An drei Punkten tut die BuJu sehr viel: Sie informiert die Menschen, was ich superwichtig finde. Sie liefert konkrete Handlungsideen. Und sie macht es möglich, die eigenen Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und sich auszutauschen, zum Beispiel auf Demos.

Mein Ziel ist es, weiter zu lernen und von diesem Angebot zu profitieren. Und der BuJu etwas zurückzugeben, indem ich mich einsetze und anderen Leuten von ihr erzähle. Meine Freundinnen haben ja gezeigt, dass Mund-zu-Mund-Propaganda ganz viel bewirkt. Auch sind wichtige Themen wie TTIP oder die Folgen des Klimawandels längst nicht allen bewusst.

Sich so gelassen durch Schule und Studium zu wursteln wie teilweise noch die Generation deiner Eltern, scheint heute kaum mehr möglich zu sein. Lässt dir die Schule genug Zeit für anderes?

Jein – ich muss mir die Zeit nehmen. Obwohl drei bis viermal die Woche nachmittags Unterricht ist, bleibt mir doch freie Zeit, um mich bei der BUNDjugend zu engagieren. Mir fällt Lernen aber auch leicht. Wer unter dem Druck der Schule leidet, hat sicher kaum Zeit sich zu engagieren. Ich hätte selbst gerne mehr davon. Es gibt so viele Möglichkeiten sich einzubringen! Nutzen kann ich nur wenige.

Hast du schon Pläne, wo du beruflich hinwillst?

Nach dem Abitur werde ich erst mal einen Freiwilligendienst in Südamerika absolvieren. Und dann möchte ich studieren, voraussichtlich internationale soziale Arbeit. Wohin mich das führt, wird sich noch zeigen ...

Interview: Severin Zillich



Was bleibt, wenn wir gehen?



**Jetzt kostenfrei und
unverbindlich bestellen!**



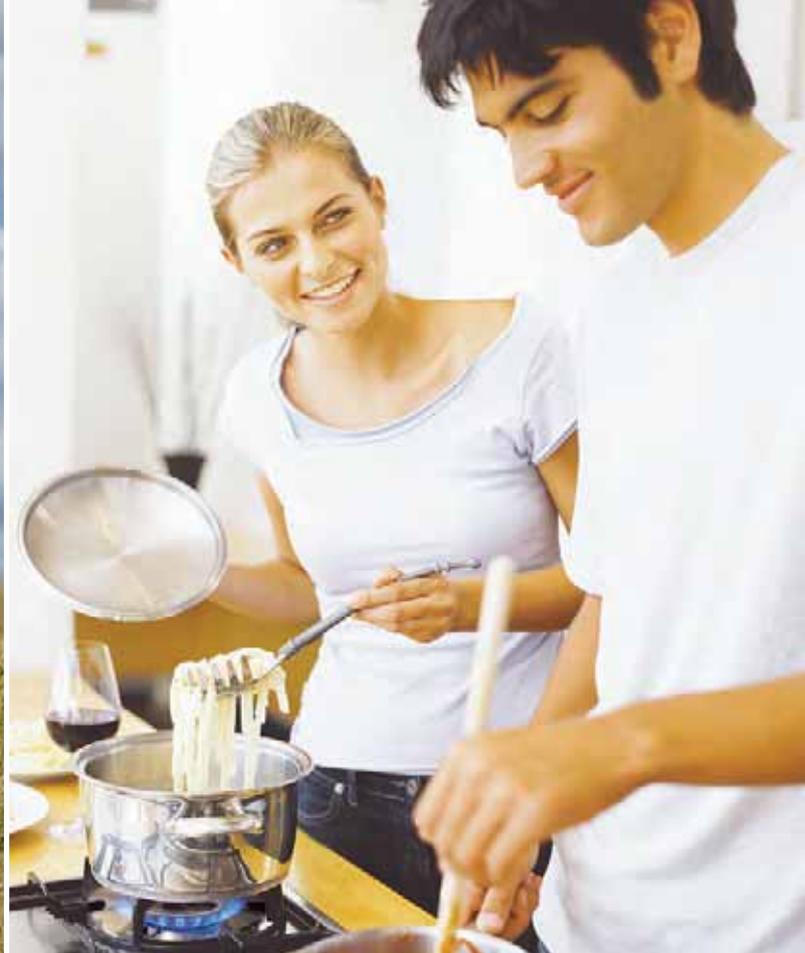
Almuth Wenta
BUND-Ansprechpartnerin für
Erbenschaften und Vermächnisse
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin



(030) 275 86 474



Almuth.Wenta@bund.net



Umwelt und Klima schützen mit sauberer Energie

Jetzt wechseln und 25 €-Strom-
bzw. Gasgutschrift erhalten:
www.naturstrom.de/energie16

- **Strom aus Wasser- und Windkraft**
- **Biogas aus Rest- und Abfallstoffen**
- **Anbieter unabhängig von Kohle- und Atomindustrie**
- **garantierte Förderung neuer Öko-Kraftwerke**
- **fairer Preis, keine Mindestvertragslaufzeit, einfacher Wechsel**

